Donnerstag, 16. Juni 1932
Nr. 135. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A1

Einheitsfront der Tat — das Gebot der Stunde

Brief der SAP an alle Arbeiterorganisationen

Der Vorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei hat am 3. Juni an die großen Arbeiterparteien und Organisationen, SPD, KPD, ADGB, Afa, Freidenker und Sportorganisationen, nachstehendes Schreiben gerichtet. Der SAP-Vorstand hat bisher von einer Veröffentlichung des Schreibens Abstand genommen, weil er auch den Schein vermeiden wollte, als ob das Schreiben etwas anderes bezwecke, als den Versuch, durch einen praktischen Vorschlag einen sichtbaren Anfang zur Herstellung der notwendigen Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen zu machen. Nachdem jetzt der ADGB-Vorstand in seiner Ausschußsitzung öffentlich dazu Stellung genommen hat, unterbreiten wir das Schreiben der gesamten Arbeiteröffentlichkeit. Der Brief lautet:

Werte Genossen!

In einer Stunde höchster Gefahr wenden wir uns an Euch. Niemand kann darüber im Zweifel sein, was die jüngsten Ereignisse zu bedeuten haben und daß das Kabinett Papen die erklärte Mission hat, die Brücke zum Faschismus zu schlagen, daß wir mitten in der Durchführung eines Staatsstreiches sind. Niemand ist auch im Zweifel, daß es jetzt um Bestand und Nichtbestand der Arbeiterbewegung, um die letzten politischen und sozialen Errungenschaften des klassenbewußten Proletariats geht, und niemand auch darüber, daß nur die geeinte Macht der Arbeiterklasse imstande ist, den Marsch ins Dritte Reich, der für klassenbewußte Arbeiter der Marsch in Gefängnis und Zuchthaus und die Auslieferung an die terroristischen Verfolgungen wäre, aufzuhalten.

Diese geeinte Macht herzustellen, erscheint uns in diesem Augenblick als das unaufschiebbare Gebot der Stunde.

Wir halten dies auch nach wie vor für durchaus möglich und lassen uns darum auch durch die bisherigen Abweisungen, die unseren wiederholt in dieser Richtung gemachten Anregungen bisher zuteil geworden sind, nicht entmutigen, erneut einen Versuch hierzu zu machen. Wir sind die letzten, die die entgegenstehenden Schwierigkeiten unterschätzen. Der Bruch in der deutschen Arbeiterbewegung geht tief, aber nicht minder tief ist das Verlangen, ihn in dieser Stunde akutester Gefahr zu überbrücken und jedenfalls nicht an ihm den Kampf für diejenigen Forderungen scheitern zu lassen, die die Arbeiterschaft über alle grundsätzlichen politischen und taktischen Meinungsverschiedenheiten hinweg einen. Einmütigkeit besteht in dem Willen

zur Abwehr des Faschismus,

zur Abwehr des Lohnabbaues,

zur Verteidigung der Sozialgesetzgebung,

zur Bekämpfung aller Kriegsgefahren.

Wir schlagen Euch darum vor, diese vier Punkte zur Grundlage einer gemeinsamen Aktion aller Organisationen der Arbeiterschaft zu machen, überzeugt, daß das Zustandekommen einer solchen nicht nur von der gesamten Arbeiterschaft leidenschaftlich gewünscht wird, sondern auch sofort der gesamten Arbeiterbewegung in Deutschland und in der übrigen Welt einen ungeheuren Auftrieb geben wird, stark genug, um einen wirksamen Damm gegen den Faschismus zu errichten und der Arbeiterklasse den Sieg zu sichern.

Es ist größte Besorgnis um das Schicksal der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen, die uns zu diesem Schritt bewegt. Wir setzen die gleiche Besorgnis bei Euch voraus, da ein siegreicher Faschismus über alle Organisationen des klassenbewußten Proletariats, gleichgültig ob politische, ob kulturelle oder wirtschaftliche, und ohne Ansehen der Größe und der Richtung hinwegschreiten würde. Wir haben darum die Zuversicht, daß dieser Appell nicht vergebens ist.

Wir schlagen vor, daß die Initiative zur Vermittlung einer unverbindlichen überparteilichen ersten Aussprache vom ADGB übernommen werden soll.

Mit proletarischem Gruß!

Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands
Hauptvorstand.

Auf diesen Brief haben einige Organisationen ausweichend — nicht ablehnend — geantwortet mit dem Argument, daß sie sich nicht mit Politik befassen. SPD-, wie KPD-Leitung schwiegen sich aus. Der ADGB-Vorstand dagegen sah sich, wie schon erwähnt, veranlaßt, in seiner Ausschußsitzung vom 14. Juni sich damit zu beschäftigen. Der im „Vorwärts" veröffentlichte ADGB-Bericht sagt darüber:

Leipart teilt mit, daß die kommunistische Opposition und der Parteivorstand der SAP — je für sich — an den Bundesvorstand Einladungen zur Errichtung der „Einheitsfront" der Arbeiterschaft gerichtet haben. Der Bundesvorstand sei jedoch der Auffassung, daß diese Gruppen am wenigsten berechtigt seien, nach einer „Einheitsfront" zu rufen, auch sei genügend klar, was sie darunter verstehen. Ein Eingehen auf ihre Anregungen sei nicht eher möglich, bevor nicht diese Parteisplitter durch ihr Verhalten bewiesen hätten, daß sie ihre sinnlosen (!!) Angriffe gegen die Gewerkschaften einzustellen gedenken.

In der Diskussion wird diese Auffassung bekräftigt. Namentlich könne von einem Zusammenwirken mit den Parteigruppen von der KPD bis zur SAP solange keine Rede sein, wie sich hinter der Formel von der „Einheitsfront" nur eine andere Methode verbirgt, nach altem kommunistischen Rezept in die Geschlossenheit der Gewerkschaften einzubrechen. Bei dieser Geschlossenheit der Gewerkschaften liege die Gewähr für die Einheit des Kampfes der Arbeiterklasse. **Dieser Standpunkt schließe nicht aus, daß die Gewerkschaften dem ehrlichen Einheitsstreben, das sich in der Arbeiterschaft rührt, ein aufmerksames Ohr leihen werden."**

Wie man sieht, ist — nach dem Bericht — die Stellungnahme des ADGB-Vorstandes zu dem Brief alles andere als freundlich. Trotzdem geht soviel selbst aus dem Bericht hervor, daß sich der ADGB-Vorstand sehr ausgiebig mit dem Vorschlag der SAP, wie auch mit einem ähnlichen der KPO beschäftigen mußte, **weil er dem Wollen und Drängen Hunderttausender von Gewerkschaftsmitgliedern entspricht.**

Es ist eine unsinnige Behauptung des ADGB-Vorstandes, daß unser Vorschlag zur Einheitsfront bezwecke, „in die Geschlossenheit der Gewerkschaften einzubrechen". Das genaue Gegenteil ist der Fall. **Unser Schreiben ist diktiert von dem ehrlichen Bestreben, die Geschlossenheit der Gewerkschaften nicht nur zu erhalten, sondern sie und damit die Existenz der ganzen Arbeiterklasse gegen die unmittelbar drohenden Gefahren zu verteidigen.**

Das Zusammenstehen aller Arbeiterorganisationen über alle politischen Differenzen hinweg ist bereits so zur Lebensfrage der ganzen Arbeiterbewegung geworden, daß wir, trotz dieser Antwort, fest davon überzeugt sind, daß der ADGB und auch die SPD wie KPD sich sehr bald viel ernster mit der Frage beschäftigen müssen. Im übrigen werden wir uns mit der ganzen ADGB-Tagung noch ausführlicher auseinandersetzen.

An die Masse der Gewerkschaftsmitglieder wie an alle Arbeiter der KPD, SPD und sonstigen proletarischen Massenorganisationen richten wir die Mahnung, unseren Brief in allen ihren Organisationsversammlungen zur Sprache zu bringen und ihre Führungen zu zwingen, zum mindesten den ersten Schritt zur wirklichen Einheitsfront zu machen.

Papen unter dem Druck der Nazis

Ablehnung der Notverordnung — Forderung auf Durchführung des Nazi-Programms

* 15. Juni 1932.

Der Druck der Nationalsozialisten auf die Papen-Regierung verschärft sich in raschem Tempo. Es scheint, daß die Nationalsozialisten spüren, daß der Herrenklub, Junker und Chemiekapital die größten Anstrengungen machen, um die Nationalsozialisten in eine Situation hineinzumanövrieren, in der ihre Schwungkraft gebrochen ist, in der sie den Anspruch auf Führung nicht mehr durchsetzen können, in der sie zum stummen Werkzeug der Drahtzieher im Herrenklub herabsinken. Die Nationalsozialisten wissen, daß sie hier keine Zeit zu verlieren haben. Sie setzen ihre Kraft energisch ein, um in dem stillen Ringen mit Papen ihre Position von Tag zu Tag zu verbessern.

Die ganze heutige Nummer des „Angriff" ist gefüllt mit Forderungen an die Regierung, die diese unter Druck setzen. Die Verschiebung der „Hoheits"-Notverordnung — die die Aufhebung des SA-Verbots bringt — um einen Tag, bringt den „Angriff" ganz aus dem Häuschen. Angeblich planen die süddeutschen Staaten, eine solche Maßnahme der Reichsregierung durch sofortige Länderverbote der SA zu durchkreuzen. Wie der „Angriff" behauptet, ist die Verzögerung der Reichs-Notverordnung darauf zurückzuführen, daß die Regierung sich noch nicht einig ist, was sie bei einem solchen Verhalten der süddeutschen Länder machen soll. Und dann wird der „Angriff" massiv:

„Die Reichsregierung ... muß sich nun endlich entschließen, klar erkennen zu lassen, was sie zu tun gedenkt ... Mit Leuten wie die Herren Schäffer, Heldt, Wels und Hundhammer ... verhandelt man nicht, sondern man zeigt ihnen die Faust. Wenn die Reichsregierung glaubt, dazu nicht imstande zu sein, so soll sie die entsprechenden Konsequenzen ziehen."

Das ist deutlich. Ebenso tobt der „Angriff" gegen Bayern und Württemberg, weil sie die vom Reich angeordnete (!!) Uebertragung der geistlosen Rundfunk-Phrasen Strassers über die nationalsozialistische Staats-„Idee' nicht durchgeführt haben. Es fällt dabei auf, daß sich in diesem Fall der „Angriff" nach wüster Schimpferei begnügt damit, „dieses Vorgehen als offene Sabotage der Reichspolitik festzustellen", ohne ein unmittelbares Eingreifen der Reichsregierung zu fordern. Es scheint, daß auch die Nazis sich bewußt sind, daß die Gefahr des Separatismus eine ernste Schwierigkeit auf dem Wege der faschistischen Machtergreifung darstellt

Dann aber spielen sie ihren großen Trumpf gegen Papen aus:

sie lehnen die Notverordnung ab!

Sie bereiten zwar vorsichtig darauf vor, daß auch sie dem Volk weitere Opfer auferlegen werden — und diese Opfer werden fürchterlich sein! — und sie nehmen die Verantwortung für diesen Schlag der Sozialreaktion von den Schultern der Regierung, indem sie sie als die Folgen der Politik von Sozialdemokratie und Zentrum hinstellen — aber sie lehnen die Notverordnung ab. „Völkischer Beobachter" und „Angriff" schreiben:

„Die NSDAP bringt auch gegenüber dieser neuen Notverordnung ihre bisherige Auffassung klar zum Ausdruck, daß, solange nicht eine fundamentale politische und wirtschaftliche Neuordnung erfolgt und solange nicht das nationalsozialistische Arbeits-

beschaffungs-Programm durchgeführt wird, der wirtschaftliche Zusammenbruch in Folgerichtigkeit fortschreiten muß. . . .

Die NSDAP hat ihre Haltung zu der Regierung von Papen von deren Taten abhängig gemacht. Sie lehnt diese erste Notverordnung als neue, für das deutsche Volk unerträgliche Belastung um so mehr ab, als sie in dieser ersten praktischen Maßnahme der Regierung keinerlei Ansatzpunkte für grundlegende Aenderung der bisherigen Politik zu erkennen vermag. Die Regierung stellt in ihrer Erklärung zur Notverordnung zwar grundlegende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung in Aussicht. Solange sie aber diese Versprechen nicht durch Taten zu belegen in der Lage ist, hat die NSDAP keinen Anlaß, ihre seither vertretene Auffassung zu ändern."

Führt das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungs-Programm durch . . oder ihr werdet bekämpft — das ist offen ausgesprochen das Programm der Nazis. Sie verlangen die bedingungslose Durchführung ihrer Forderungen von der Regierung Papen, sie wollen die **ganze Macht**, den **ganzen** Einfluß, vorher gibt es für sie kein Halten. Wie gut hatte es da Herr Brüning mit seiner Tolerierung durch die SPD! Er brauchte nur zu winken, und sie verzichtete auf alles. Herr Papen kann sich noch so viele Mühe geben, den Nazis Konzessionen zu machen, und sie fordern mehr, fordern **alles**.

Dafür sucht jetzt ganz offenbar das Zentrum Anschluß an die Papen-Regierung. Die „Germania" betont auffällig stark, daß in den Fragen Außenpolitik „das ganze Volk einmütig hinter der Regierung steht" und läßt nur die Sorge durchblicken, daß Herr von Papen in Lausanne nicht so nationalistisch auftreten würde wie Brüning. An der Notverordnung übte die „Germania" zwar einige freundschaftliche Kritik, erklärt dann aber, daß die Notverordnung psychologisch nur getragen werden könne, wenn die Regierung — so wie die vorige — auch Vertreter der Arbeiterschaft umfasse. Diese „Vertreter der Arbeiterschaft" in der vorigen Regierung waren Brüning und Stegerwald. Der Wink mit dem Zaunpfahl ist also deutlich. Ob Papen darauf eingeht, ist allerdings zunächst fraglich. Denn eine Einbeziehung des Zentrums in die Regierung würde den sofortigen — heute nur angedrohten — Bruch der Nazis mit ihr zur Folge haben — mit allen seinen Konsequenzen.

So oder so — das Tempo der Entwicklung zum endgültigen faschistischen Staatsstreich ist rasend. Die Arbeiter haben keine Zeit mehr zu verschwenden!

Grzesinskis Entlassung vom Landtag beschlossen

Berlin, 15. Juni 1932

Der preußische Landtag lehnte am Mittwoch den nationalsozialistischen Antrag auf Erhebung der Anklage vor dem preußischen Staatsgerichtshof gegen die preußischen Staatsminister, die der sozialdemokratischen und der Deutschen Staatspartei angehören, mit 204 gegen 105 Stimmen ab. Für die Annahme des Antrages wäre eine Zweidrittelmehrheit, also 206 Stimmen statt der abgegebenen 204) erforderlich gewesen.

Angenommen wurde ein nationalsozialistischer Antrag, wegen der Zwischenfälle beim Aufzug der Skagerak-Wache in Berlin am 31. Mai die sofortige Entlassung des Polizeipräsidenten Grzesinski und die Stellung des Polizeikommandeurs Heimannsberg und der schuldigen Offiziere vor ein Disziplinargericht verlangt.

Der Landtag nahm weiter einen kommunistischen Antrag an, wonach das preußische Staatsministerium die Reichsregierung ersuchen soll, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zu vollziehen.

Weiter wurde auch der kommunistische Antrag zur Abstimmung gestellt, wonach der Landtag den sofortigen Rücktritt der neuen Reichsregierung von Papen verlangen sollte. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung war, daß nur 177 Karten abgegeben wurden, das Haus also beschlußunfähig war. Die Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten mit ja, die Deutschnationalen mit nein. Die Nationalsozialisten beteiligten sich nicht an der Kartenabgabe, was zu lebhaften Zurufen bei den Kommunisten Veranlassung gab.

Ebenso stimmten die Nationalsozialisten nicht für den kommunistischen Antrag auf sofortige Einstellung der Young-Zahlungen und machten auch damit den Landtag beschlußunfähig.

Der Aeltestenrat des Landtags setzte als Termin für die Wahl des Ministerpräsidenten den 22. Juni fest.

Späte Lehren an die SPD

Im Anhaltischen Landtag teilte Ministerpräsident Freyberg mit, daß das anhaltische Staatsministerium beschlossen habe, der gesamten sozialdemokratischen Presse Anhalts wegen ihrer feindlichen Haltung gegenüber der Reichs- und Staatsregierung den Amtsblattcharakter zu entziehen. Es kommen in Frage das „Volksblatt" in Dessau, „Der Volksfreund" in Zerbst, „Der Volkswille" in Köthen und die „Volkswacht" in Bernburg.

Was Papen diktiert

Die neue Notverordnung

Nun ist es heraus, was sich hinter den schleimigen Phrasen der Junker und Generäle, die sich unter dem Protektorat Hindenburgs als Reichskabinett etabliert haben, verbirgt: dem Armen und Aermsten soll das letzte Stückchen Brot, das ihn vielleicht noch am Leben erhält, aus der Hand geschlagen werden, um den Besitz um so fester zu sichern. Darüber vermag auch die ebenso großsprecherische wie heuchlerische Proklamation nicht hinwegzutäuschen, mit der die Papenregierung ihre erste wirtschaftliche Notverordnung in die Welt hinausschickt und in der sie die bis zur Beseitigung der letzten Reste der Sozialversicherung gehenden Leistungsdrosselungen ausgerechnet mit dem Zwang begründet, die Sozialversicherung zu retten. Das sind schlechte Witze, zu dem Zwecke erdacht, ein schlechtes Gewissen zu verdecken. Denn natürlich muß es erbittertste Empörung auslösen, daß sie sowohl bei ihren Ersparnismaßnahmen wie auch jener anderen Schritte, die der Erhöhung der Einnahmen dienen, nie an die breite Masse der Besitzlosen gedacht hat, an den Besitzenden und Großverdienern konsequent mit größter Schonung vorbeigeht. Vergebens versuchen die Papen auch sich für ihre erste Notverordnung ein Alibi dadurch zu erschleichen, daß sie behaupten, „für die ersten Notmaßnahmen an Vorbereitungen anknüpfen zu müssen, die schon das vorige Kabinett getroffen hatte". In großen Umrissen, das ist nicht zu bestreiten, stand diese Notverordnung schon fertig auf dem Papier, als die Barone das Heft in die Hand nahmen, aber einmal stellt sich eine Regierung, die einfach die Pläne ihrer soeben noch mit einem Verdammungsurteil belegten Vorgängerin übernimmt, ein wenig rühmliches Fähigkeitszeugnis aus, und zum anderen besagen die an dem vorgefundenen Konzept vorgenommenen Korrekturen mehr als genug über die „in der von ihr vertretenen Weltanschauung begründete soziale Gesinnung", deren sich die Papenregierung auch in ihrer neuesten Proklamation soeben wieder brüstet. Denn wo Korrekturen erfolgten, bestehen diese in einer bewußten und systematischen Verschärfung der ohnehin unerträglichen sozialen Härten und in dem Ausscheiden all dessen, was — wenn überhaupt — mit den zugemuteten neuen Bürden versöhnt hätte.

So ist alles fallen gelassen worden, was — wenn auch nur in allerunzulänglichstem Maße — als Milderung der Arbeitslosigkeit gedacht war. Die Prämienanleihe wird nicht aufgelegt und damit fällt auch von vornherein jede wirkliche Arbeitsbeschaffung weg. Desgleichen fehlt auch nur der schüchternste Versuch einer Arbeitsbeschaffung durch Arbeitsstreckung. Die ganze Kunst der neuen Regierung beschränkt sich also auf eine brutale Verstärkung alles Negativen und die Weglassung alles Positiven, was der Brüningsche Notverordnungsentwurf enthielt, so daß es das Geheimnis dieser Regierung bleibt, wie sie den Anspruch, „die deutsche Wirtschaft vernunftgemäß neu zu befruchten", begründen will. Dieser Weg — das haben die Brüningschen Notverordnungen deutlich genug gemacht, ist der Weg in den Ruin, nur mit dem Unterschied, daß er noch kürzer ist als derjenige, den Brüning gehen wollte.

Schließlich: warum all die Entschuldigungen? Hat diese Regierung sich nicht mit einer wuchtigen Kampfansage an den angeblichen „Wohlfahrtsstaat" eingeführt? Nun, die neue Notverordnung ist nichts anderes als der erste große Hieb der Papen und Konsorten in dieser Richtung. Man kann sich demnach vorstellen, was diese Regierung von den Sozialversicherungen noch übrig läßt, wenn sie Notverordnungen nach eigenen Einfällen herausgibt.

Abbau der Sozialrenten

Die Notverordnung kürzt in der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung die alten Renten

um 6 RM. bei den Invaliden, 5 RM. bei den Witwen und 4 RM. bei den Waisen für den Monat und mindert für die neuen Renten den Grundbetrag um 7 RM. und den Kinderzuschuß um 2,50 RM. im Monat.

Der Anteil der Witwen- und Waisenrenten an der Hauptrente — bisher sechs Zehntel und fünf Zehntel — wird auf fünf Zehntel und vier Zehntel herabgesetzt. Die übrigen Unfallrenten werden nur um 7½ Proz. gekürzt.

Weitere Verschlechterungen treten in der Form ein, daß die Verfahren im Rechtsweg erschwert und zum Zwecke der Abschreckung mit einer Gebühr belegt werden. Auch die

Kriegsopfer

werden mit neuen Opfern bedacht. Die Notverordnung umschreibt dies beschönigend mit den Worten „gewisse, bisher unterbliebene Angleichungen an frühere Kürzungen in der Reichsversorgung und Sozialversicherung". Die Kinderzulagen und Waisenrenten sollen wie in der Sozialversicherung im allgemeinen nur noch bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres gezahlt werden.

Was bleibt noch vor der Arbeitslosenversicherung?

Nicht minder hart als die Sozialrentner werden die **Arbeitslosen** betroffen. Die Unterstützungssätze der Alu werden noch einmal um 23 v. H. gesenkt, gleichzeitig tritt schon nach sechs Wochen die Hilfsbedürftigkeitsprüfung ein, so daß der Versicherungscharakter dieser Einrichtung, wie die „Voss. Ztg." ganz richtig bemerkt, in der Tat nur noch als „**Erinnerungswort**" übrig bleibt. Im einzelnen sehen die „Ersparnisse" wie folgt aus:

	Mill. RM
1. In der Alu sollen die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 23 Proz. gesenkt und die Hilfsbedürftigkeitsprüfung nach 6 Wochen eingeführt werden, das ergibt eine Ersparnis von	188
2. In der Kru sollen	
a) unbeschränkt die Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt und außerdem die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 10 v. H. gesenkt werden. Ersparnis	117
b) die um 15 Proz. gesenkten Wohlfahrtssätze als Höchstsätze eingeführt werden. Ersparnis	67
tigkeitsprüfung eingeführt und lich 10 Proz. gesenkt werden.	
3. In der Wolu werden die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 15 v.H. gesenkt werden müssen. Ersparnis	148
Nettoersparnis zusammen also	520

Und eine neue Klassensteuer

Doch auch die noch in Beschäftigung Stehenden müssen dem Papen-Kabinett einen neuen Zoll erlegen. Diesem Zwecke dient die

„Abgabe zur Arbeitslosenhilfe".

Das ist nichts anderes als die „Beschäftigtensteuer", wie sie schon in dem Brüning-Entwurf vorgesehen war, wobei allerdings die Sätze wesentlich anders festgestellt worden sind. Sah der Brüning-Entwurf noch eine, ebenfalls schon ganz unzulängliche Schonung der kleinen und eine entsprechend höhere Belastung der hohen Einkommen vor, so ist nach der Notverordnung überhaupt jedes Arbeitseinkommen abgabepflichtig.

Die Abgabe beträgt bei einem Arbeitsentgelt bis zu 125 Mark monatlich = 1,5 v. H., bis zu 300 Mark monatlich 2,5 v. H. Bei einem Arbeitsentgelt zwischen 300 und 700 Mark monatlich beträgt die Abgabe für die ersten 300 Mark = 2,5 v. H., für die weiteren Beträge 5,75 v. H. Es ist hier der Teil des Arbeitsentgelts, der bei der Berechnung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages nicht berücksichtigt wird, mit der Höhe dieses Beitrags (3¼ v. H.) zur Abgabe mit herangezogen worden. Bei Arbeitseinkommen zwischen 700 Mark monatlich und 3000 Mark monatlich beträgt die Abgabe von den ganzen Bezügen 5,75 v. H. Sofern das Arbeitsentgelt im Monat den Betrag von 3000 Mark übersteigt, beträgt die Abgabe 6,5 v. H.

In die Abgabe sind auch die Personen einbezogen worden, deren Gehalt oder Lohn auf Grund der Gehaltskürzungsverordnungen zu kürzen ist, d. h. die Beamten, Angestellten, Arbeiter des Reichs, der Länder, Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts. Da diese aber der Krisenlohnsteuer nicht unterlagen, wenn ihre Bezüge im Ausmaß der zweiten Gehaltskürzungsverordnung herabgesetzt waren, beträgt die Abgabe für diese Personen nur 1½ vH.

Auch der Zweck dieser Abgabe, ihre Erträgnisse sollen ausschließlich der Arbeitslosenunterstützung dienen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hierbei um

eine ganz einseitige Klassensteuer

zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung handelt. Selbständige Einkommensbezieher sind ausdrücklich ausgenommen. Die ganze Last wird lediglich denen aufgebürdet, die in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis stehen. In dieser Beziehung hat diese Abgabe eine große Aehnlichkeit mit der Krisensteuer, nur daß sie entsprechend ihrer Höhe und des inzwischen erfolgten rigorosen Gehaltsabbaus um so aufreizender wirkt. Doch auch damit hat die Papenregierung schließlich nur zu erkennen gegeben, was unter der „nationalen Konzentration" zu verstehen ist. Sie ist die Klassenherrschaft des Besitzes in Reinkultur, eine Arbeitsgemeinschaft zur Ausplünderung des Volkes.

Steigende Welle des Naziterrors!

In verschiedenen Gegenden des Reiches häufen sich nationalsozialistische Ueberfälle auf Arbeiterausschreitungen und Terrorakte der Faschisten. Im hessischen Wahlkampf wurden **Lautsprecherwagen der SPD überfallen**, und die Begleitmannschaften schwer verletzt. Große Saalschlachten provozierten die Nazis in **Reichenbach** in Hessen. In Braunschweig wurde eine sozialdemokratische Versammlung in **Langesheim überfallen und beschossen**. Das Ueberfallkommando aus Braunschweig unternahm nichts gegen die Belagerer, aber dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher wurde die **Polizeigewalt entzogen**!

Eine Abteilung der Hitlerjugend zog in der Nacht zum 15. Juni vor die Wohnung des Ministerpräsidenten **Held** in München und warf mit Steinen die Fenster der Wohnung ein. Die Polizei war machtlos, den Ueberfall zu verhindern.

Eine Versammlung der Roten Hilfe im Eden-Palast in Charlottenburg **wurde vom Nazisturm 33 überfallen**. Trotz der Uebermacht wurden sie von den Arbeitern in die Flucht geschlagen. Sie zogen sich in die umgebenden Straßen zurück und überfielen im großen Rudel einen Radfahrtrupp von **Fichte**.

Das **Berliner SA-Kommando versammelte sich im Restaurant „Alter Ascanier"** in der Anhalter Straße in Berlin, die uniformierten Bonzen fuhren in 20 Privatautos vor. Da ein Antrag an die Berliner Polizei, am Sonntag eine SA-Parade abzuhalten, vorläufig mit Hinweis auf das Demonstrationsverbot abgelehnt wurde, ist anzunehmen, daß die Nazis in Berlin eine große **illegale Kundgebung, verbunden mit Terroraktionen gegen die Arbeiterklasse durchzuführen**, beabsichtigen. Hier und überall im Reiche gilt es, schärfstes Augenmerk auf die Vorbereitungen der Faschisten zu richten und rechtzeitig die gemeinsame Abwehr aller Arbeiter zu organisieren.

Auch die Deutschnationalen drängen weiter

Hugenbergs „Berliner Lokalanzeiger" erklärt, daß Papens Notverordnung, die der Brüningschen so außerordentlich ähnlich sehe, zwar entschuldigt werden könne mit der drängenden Eile, die geboten war, aber — so fährt das Blatt fort — „es erscheine doch völlig unmöglich, daß eine Regierung, die sich auf das nationale Deutschland stützen wolle, in den ausgefahrenen Gleisen des bisherigen Systems weiterarbeite . . . Das „System" kann nur durch neue fruchtbringende Ideen überwunden werden. Wir geben uns der festen Erwartung hin, daß diese Notverordnung **das letzte Stück** einer schon allzu lang währenden Regierungsmethode ist, die nun endlich ihr Ende finden muß."

Sodann fordert der „Lokalanzeiger" die sofortige Beseitigung aller „Parteibuchbeamten", zu deutsch die Entlassung der Beamten, die nicht das deutschnationale oder nationalsozialistische Parteibuch haben. Auch die großagrarische „Deutsche Tageszeitung" erklärt, daß erst

„die völlige Machtergreifung durch die nationale Opposition"

den notwendigen Wandel schaffen könne.

Auftakt in Lausanne

Genf, 15. Juni 1932

Die den ganzen Dienstag über geführten Ministerbesprechungen sind heute vormittag mit einer längeren Unterredung zwischen Mac Donald und Herriot weiter fortgesetzt worden. Um 5 Uhr nachmittags fand eine erste Vorbesprechung der 12 Lausanner Mächte statt, in der die technischen Fragen der Konferenz besprochen wurden. Die Eröffnungssitzung ist auf Donnerstag vormittag 10 Uhr im Hotel „Beau Rivage" festgesetzt, bei der Mac Donald eine größere Rede halten wird. Die Lausanner Konferenz wird im übrigen in vertraulichen Auschuß-Sitzungen und Verhandlungen in den Hotels unter vollständiger Ausschaltung der Oeffentlichkeit vor sich gehen.

Botschafter Nadolny ist heute vormittag nach Basel der deutschen Abordnung entgegengereist, um den Reichskanzler und dem Reichsaußenminister Bericht über die letzten Abrüstungsverhandlungen zu erstatten.

Kulturreaktion wohin wir blicken

„Brülle China" in Polen verfolgt

Warschau, 15. Juni 1932.

In Lemberg wurde gestern der Direktor des Stadttheaters, Leo v. Schiller, mit zwei Schauspielern verhaftet, weil er „Propaganda für die illegale kommunistische Partei" betrieben habe.

Die „Propaganda" besteht in der Aufführung des Stückes „Brülle China", ferner in der Inszenierung des hundert Jahre alten Dramas eines polnischen Romantikers, das angeblich kommunistische Ideen propagiert, und schließlich in der Unterschrift unter einem Aufruf für den Antikriegs-Kongreß in Genf, der u. a. gegen die Vorbereitung eines Ueberfalls auf die Sowjetunion gerichtet war.

Das dritte Reich bricht an

Theaterskandal in Kassel

Kassel, 15. Juni 1932.

Nach vorheriger Ankündigung durch den Kritiker der nationalsozialistischen „Volkswacht" kam es gestern zu einem planmäßig durchgeführten Theaterskandal bei der Aufführung von Sherwoods Antikriegsstück „Die Waterloobrücke". Als auf der Bühne die Worte eines Soldaten „Die verdammten Offiziere" fielen, setzten Sprechchöre mit „Deutschland erwache" ein. Ein junger Nationalsozialist hielt im Parkett eine Ansprache über die „Unmoral, die sich auf deutschen Bühnen breit mache".

Minutenlang herrschte ein solches Tohuwabohu, daß von der Straße zahlreiche Passanten in das Theatergebäude eindrangen, um nach der Ursache des Lärms zu forschen. Die Versuche eines Schauspielers, von der Bühne herab die Demonstranten zu beruhigen, blieben erfolglos. Der Vorhang mußte fallen, da die Theaterleitung sich außerstande sah, das Stück zu Ende zu führen.

Erfreulicherweise läßt sich die Theaterleitung durch die Helden des Dritten Reichs nicht irre machen und wird heute das Stück wieder zur Aufführung bringen.

Schmutz- und Schund-Külz setzt Plivier auf den Index

In der Dresdner Stadtverordnetenversammlung kam es zu einer erregten Debatte, weil der als reaktionär bekannte Referent für die städtischen Büchereien, Hartnacke, Pliviers Buch „Des Kaisers Kulis", das den Matrosenaufstand des Jahres 1917 schildert, aus den städtischen Büchereien entfernt hat.

Hartnacke bekam Unterstützung durch den Dresdner Oberbürgermeister Külz, der sich als Kulturreaktionär durch seinen Kampf für das Schund- und Schmutzgesetz einen Namen gemacht hat. Er erklärte voll Stolz:

„Ich habe persönlich die Zurückziehung des Buches aus der öffentlichen Lesehalle verfügt und trage somit allein die Verantwortung. Pliviers Buch ist nicht geeignet, in einer von den Kosten der Allgemeinheit unterhaltenen öffentlichen Lesehalle auszuliegen, denn es ist zweifellos durchaus in der Lage, die Gefühle Andersdenkender zu verletzen".

Eine von den Sozialdemokraten geforderte Ausschußberatung wurde abgelehnt.

Die Kulturreaktion in Deutschland hat Formen angenommen, daß Hitler kaum noch etwas zu tun übrig bleibt.

Hinrichtungen am laufenden Band

Weimar, 15. Juni 1932

Fast täglich kommt jetzt die Nachricht von einer Hinrichtung. Am Mittwoch früh wurde auf dem Hofe des Weimarer Landgerichtsgefängnisses der landwirtschaftliche Arbeiter Paul Daßler durch das Fallbeil hingerichtet. Daßler hat vor Monaten die 8jährige Isolde Dibrovenka in einem Walde bei Weimar beraubt, vergewaltigt und ermordet.

Eisenbahnattentäter vor Gericht

Wien, 15. Juni 1932.

Vor dem Wiener Schöffengericht begann heute der mit großer Erregung erwartete Prozeß gegen Sylvester Matuschka, der im Januar dieses Jahres Eisenbahnattentate in der Nähe von Wien, bei Jüterbog und Bia-Torbagy verübte, bei denen eine große Anzahl von Menschen ums Leben kamen und zu lebenslänglichen Krüppeln wurden.

Matuschka hat alle drei Anschläge gestanden, allerdings erst, nachdem seine Frau der Polizei Angaben gemacht hatte, die ihn schwer belasteten. Seine eigenen Angaben sind überaus verworren und unglaubwürdig, er macht den Eindruck eines Geisteskranken. Er habe die

Gleichheit aller Menschen herbeiführen und einen Kommunismus auf christlicher Grundlage aufbauen wollen.

Er habe dazu Sprengmittel gebraucht. Deshalb habe er einen Steinbruch in Niederösterreich gepachtet, um sich Sprengmittel verschaffen zu können und den Plan gefaßt, Eisenbahnattentate auszuführen, um sich einen großen Namen zu schaffen, damit hundert Millionen Menschen auf ihn hören: Er habe beweisen wollen, daß er für die Arbeiter Opfer gebracht habe, um ihre Führung zu übernehmen. Diesen Erzählungen folgten dann Mitteilungen über die Art, in der er die Anschläge durchgeführt hat. Die Ueberprüfung der Angaben Matuschkas über seine Attentate ergab, daß sie in allen Einzelheiten richtig waren.

In der heutigen Verhandlung erklärte Matuschka auf die Frage des Vorsitzenden gleichfalls, daß er sich

im ganzen Umfange der Anklage schuldig bekenne.

Ihm sei auf der Fahrt nach Budapest ein Geist begegnet, der ihm nahegelegt habe, die Eisenbahnattentate zu verüben, um die Eisenbahndirektionen zu erschrecken. Er wollte sie nämlich zwingen, eine von ihm gemachte Erfindung betreffend die Zugsicherung einzuführen. Diese Erfindung habe er vor Jahren gemacht. Sie laufe im Prinzip darauf hinaus, daß jeder Lokomotivführer rechtzeitig wisse, ob vor ihm ein Zug auf der Strecke sei oder ob irgendeine Gefahr drohe. Es handele sich, wie er sagt, um einen Semaphon mit Regenbogenfarben.

Der Antrag seines Verteidigers, den Individualpsychologen Professor Alfred Adler als Sachverständigen zu vernehmen, wird vom Gericht abgelehnt. Es ist kaum zu erwarten, daß die Verhandlung das Dunkel dieser Angelegenheit aufklären wird.

Skandalöses Urteil im Waldhof-Prozeß

Templin, 15. Juni 1932.

Das Urteil, das am Mittwoch in dem Prozeß gegen die Prügelpädagogen gefällt wurde, bleibt noch weit hinter den schon außerordentlich milden Strafanträgen zurück. Der Angeklagte Franke wurde wegen gefährlicher und einfacher Körperverletzung in fünf Fällen zu 330 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte Stein wurde freigesprochen, desgleichen Knoblauch. Wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen wird der Angeklagte Küchemann zu 70 RM., Jaap wegen gefährlicher Körperverletzung in einem Falle zu 100 RM. und Wenda wegen gefährlicher Körperverletzung in einem Falle zu 60 RM. verurteilt. Der Angeklagte Teschler erhält wegen Sittlichkeitsverbrechens in zwei Fällen und wegen Sittlichkeitsvergehens in einem Falle ein Jahr Gefängnis.

Es stand während des ganzen Verlaufs der Verhandlung fest, daß das Gericht die Erzieher, die wie unmenschliche Bestien an den Kindern gehandelt haben, begünstigte. Dieses Urteil aber stellt allen Menschenschindern einen Freibrief für pädagogische Methoden im schlimmsten Kasernenhofstil aus. Heil Hitler!

„Freiwilliger" Arbeitsdienst

So werden die Arbeitslosen bestohlen

Das Landesarbeitsgericht hat vor kurzem in dritter Instanz die Klage eines Musikers abgewiesen, der seine Entlohnung für viermonatige Arbeit in einem Privatunternehmen einklagte.

Nachdem er in seinem Beruf keine Arbeit mehr finden konnte und ausgesteuert war, trat er in das Unternehmen ein, das mit Hilfe öffentlicher Mittel eine Arbeitersiedlung schaffen sollte. **Sämtliche hier beschäftigten Arbeitskräfte, die sich dem freiwilligen Arbeitsdienst gemeldet hatten, arbeiteten ohne Entgelt für Quartier in Notbaracken und Verpflegung aus einer Gemeinschaftsküche,** die von den Frauen der Arbeiter — gleichfalls unentgeltlich — bedient wurde. Der Musiker war der schweren körperlichen Arbeit auf die Dauer nicht gewachsen, so daß er die Arbeit nach vier Monaten aufgeben mußte.

Das Landesarbeitsgericht, vor dem er seinen Lohn in Höhe von 650 Mark mit der Begründung einklagte, daß es sittenwidrig sei, unter dem Druck der allgemeinen Arbeitslosigkeit Arbeiter ohne Entlohnung zu beschäftigen, wies die Klage mit der Begründung ab, daß für den freiwilligen Arbeitsdienst kein Arbeitsvertrag bestehe. Es sei keine „abhängige" Arbeit im Sinne des Arbeitsrechts geleistet worden. Das Ziel des freiwilligen Arbeitsdienstes sei,

aus der ungünstigen sozialen und wirtschaftlichen Lage als Wohlfahrtsempfänger in der Stadt herauszukommen und auf diesem Wege wieder zu einem inneren und äußeren Aufstieg zu gelangen.

Die Nachteile, die für den Musiker aus der Unmöglichkeit entstanden, die Arbeit körperlich und seelisch auszuhalten, müsse er selber tragen.

So sieht der „innere und äußere Aufstieg" aus, den der freiwillige Arbeitsdienst, das raffinierteste Ausbeutungssystem, dem Arbeitslosen verspricht.

Lindbergh-Nachspiel vor dem englischen Unterhaus

London, 15. Juni 1932

Das englische Außenministerium hat den stellvertretenden englischen Generalkonsul in New York angewiesen, einen Bericht über den Tod des Dienstmädchens der Schwiegermutter Lindberghs, Violet Sharpe, zu liefern, die bekantlich vor einigen Tagen Selbstmord begangen hat. Die Anforderung des Berichts ist in erster Linie auf die Zeitungsmeldungen zurückzuführen, wonach Violet Sharpe ein Opfer brutaler polizeilicher Untersuchungsmethoden geworden sein soll, die im sogenannten dritten Grad bei Violet Sharpe angewendet wurden. Die Angelegenheit wird am Mittwoch im Unterhaus bei der Anfrage eines Abgeordneten zur Sprache kommen.

Hochschule der Fälschungen

Neue Enthüllungen im Devaheimprozeß

In der heutigen Verhandlung erklärte der Angeklagte Claußen auf die Frage des Vorsitzenden, wie es komme, daß er keine Belege für seine angebliche Unschuld beigebracht habe, in höchster Erregung:

Die Anleihe sowohl als auch sämtliche Belege sind mir ja einfach weggenommen worden, auf eine Art, die geradezu räubermäßig war! Direktor Liebchen, der die Anleihe später übernommen hat, hat ja erklärt, daß er Tausende von Papieren ausgeliefert erhalten habe, die in Fetzen herumgelegen hätten. Man habe sogar

Hypothekenbriefe im Heizkeller gefunden! Kein Mensch könne wissen, was bei der Hilfskasse vorgegangen sei; die Hilfskasse sei geradezu eine Hochschule der Fälschungen gewesen!

Diese Aussagen riefen größtes Aufsehen hervor; aber klar ist die Angelegenheit auch jetzt noch nicht geworden. Morgen wird nun der Direktor Liebcher selbst vom Gericht gehört werden, und auch Claußen soll zu dem Hauptteil der gegen ihn erhobenen Anklage gehört werden.

Das neue Buch

Albert Klaus — Die Hungernden (Corpus)

Im sozialdemokratischen „Bücherkreis"-Verlag ist soeben ein Roman erschienen: Die Hungernden.*) In einfachen, durch ihre Lebenswahrheit ergreifenden und zugleich aufrüttelnden Worten wird hier von einem, der selbst erwerbslos ist, das Leben einer vom Erwerbslosenelend betroffenen Arbeiterfamilie und, nebenher laufend, der Existenzkampf eines jungen Arbeiters geschildert.

An dem nahezu zwangsläufig sich ergebenden Ablauf der Ereignisse in der Familie des seit Jahren erwerbslosen Arbeiters Holl ist das Schicksal unzähliger Arbeitslosen-Familien aufgerollt. In einer durchfeuchteten, von Pilzen heimgesuchten Wohnung, den ständigen Hungerklagen seiner Kinder ausgesetzt, den Zusammenbruch und Tod seiner von früh bis spät sich quälenden Frau nach der Geburt eines wegen Kälte und Mangel an Nahrung zugrunde gehenden vierten Kindes erlebend, verliert der von Haus aus ruhige und fleißige Arbeiter schließlich die Nerven und jede Ueberlegungfähigkeit; er endet, in einem Augenblick der Unzurechnungsfähigkeit von Polizeikugeln getroffen.

Nebenbei wird in Einreihung einiger Szenen auf dem Wohlfahrtsamt gezeigt, daß auch die hier tätigen Beamten und Angestellten nur ausführende Organe einer Macht sind, gegen die als einzelner sich aufzulehnen auch ihnen Entlassung und Arbeitslosenelend bringt.

So weit, so schön. Aber es charakterisiert den sozialdemokratischen Verlag, daß das Buch — in völliger Disharmonie zu der dargestellten Zwangsläufigkeit der Not der Arbeitslosen — einen so recht spießbürgerlich-reformistischen Ausklang hat. Der junge Arbeitslose, in dem der Verfasser vielleicht ein Stück Autobiographie gegeben hat, wird Mitglied „der Partei", d. h. der Sozialdemokratischen Partei, die ihm keinerlei praktischen Ausweg, sondern nur eine bürgerlich-idealistische Schwärmerei über den neuen Menschen und über die große Liebe, die die Herzen dieser neuen Menschen erfüllen wird, zu bieten weiß. Auch die Hochzeitsfeier zum Schluß, die in keinem Kitsch-Roman fehlen darf, bleibt uns nicht erspart. Die ganze Darstellung des Autors wird durch diesen — man hat den Eindruck, vielleicht gar erst auf Druck des Verlages hinzugefügten — Ausklang des Buches zusammengehauen. I. R.

*) 205 Seiten. In Ganzleinen 4.30 M.

Wilhelm Lotz: „Wohnlaube und Siedlerheim. Wie bau' ich und was brauch' ich?" (190 Seiten Text mit mehreren hundert Zeichnungen. Verlag Hermann Reckendorf, Berlin SW 68. 1.20 RM.)

Der Verfasser will keinen theoretischen, sondern einen praktischen Beitrag zu den Fragen der Siedler- und Kleingartenbewegung liefern. Seine Anleitung zum Selbstbauen will keine Aufforderung zu leichtfertigen Bastel-Experimenten sein. Er geht vielmehr von der Erkenntnis aus, daß die Not der Zeit zahlose Siedlungs-Interessenten dazu zwingt, ihr Heim mit eigener Hände Arbeit zu errichten oder doch mindestens selbst Hand anzulegen. Er weiß, wie verhängnisvol sich jeder technische und wirtschaftliche Fehler später auswirken muß, und darum läßt er, vom Erwerb des Grundstücks angefangen, seinen Schutzbefohlenen nicht mehr aus dem Auge — bis das Häuschen oder die Laube in allen ihren Teilen fertig dastehen. Da das Beispiel der beste Lehrmeister ist, entwickelt Lotz seine Anleitungen und Ratschläge an mehreren konkreten Bauvorhaben von verschiedener Art und Größe. Genaue Kostenanschläge, bis in die kleinsten Einzelheiten durchgerechnet, bilden eine wichtige Ergänzung für die verschiedenartigen Materialaufstellungen. Der Bauvorgang selbst wird durch eine Fülle von Einzelzeichnungen veranschaulicht. „Baulich richtig und wirtschaftlich praktisch" lautet die Grundforderung des Verfassers.

Viele müssen heute selber bauen, und ihnen wird das kleine Handbuch wertvolle Dienste leisten können.

Wer selber baut
baut richtig, sparsam, dauerhaft
nach dem praktischen Handbuch
„WOHNLAUBE und SIEDLERHEIM"
Gründliche Anleitung zum Selbstbau von Wohnlauben, kleinen Eigenheimen und größeren Siedlerhäusern, mit ausführlichen wirtschaftlichen und technischen Angaben, genauen Kostenanschlägen und vielen hundert erklärenden Zeichnungen.
1.20 RM Durch jede Buchhandlung. Vom Verlag gegen Voreinsendung des Betrages portofrei, bei Nachn. gegen Spesenberechnung.
Verlag Hermann Reckendorf, Berlin SW Hedemannstr. 24 Postscheck Berlin 77108

SAP
Bezirk Niederrhein

Der Bezirksvorstand beruft hiermit einen

außerordentlichen Bezirksparteitag

für Sonntag, 26. Juni, 10 Uhr, nach Ratingen, Volkshaus, ein.

Tagesordnung:

1. Die politische Situation und die bevorstehenden Wahlen.
2. Aufstellung der Kandidaten.
3. Anträge.

Die auf die einzelnen Orte entfallenden Delegierten werden durch Rundschreiben mitgeteilt.

Die Adressen der Delegierten, sowie die Vorschläge für die Kandidaten für die Reichstagswahl müssen bis spätestens 23. Juni dem Bezirksbüro Düsseldorf, Wehrhahn 70 I, mitgeteilt werden.

Der Bezirksvorstand.

Dortmund

Das Proletarische Einheitskartell zur Gewerkschaftsfrage. Eine kombinierte Mitgliederversammlung der dem Proletarischen Einheitskartell angeschlossenen Organisationen (SAP, KPDO und Arbeiter- und Bauern-Partei) behandelte die Frage: „Wie kommen wir zum gemeinsamen Handeln in den Gewerkschaften?" In Ermangelung des vorgesehenen SAP-Referenten sprang im letzten Moment Genosse Scheffer von der KPDO ein. Es darf uns nicht gleichgültig sein, führte er u. a. aus, in wessen Händen die Leitung der Gewerkschaften liegt. Es steht fest, daß sie vollkommen unter reformistisch-sozialdemokratischem Einfluß stehen. Die dem Einheitskartell angeschlossenen Parteien fordern darum ihre Mitglieder auf zu gemeinsamer Arbeit gegen den reformistischen Kurs, für die Revolutionierung der Gewerkschaften. Der gemeinsame Kampf ist zu führen unter Forderungen wie: Wiederaufnahme der erwerbslosen Kollegen in die Gewerkschaften; Erhaltung der demokratischen Rechte der Mitglieder in den Gewerkschaften; Herabsetzung der Gehälter der Verbandsangestellten auf die Höchstgrenze, die in angemessenem Verhältnis zu den Löhnen der Betriebsarbeiter steht; 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich; für eine vernünftige Arbeitsbeschaffungspolitik. Gemäß ihrem Ziel, der Einheitsfront des Proletariats mit allen Mitteln zur Durchführung zu verhelfen, beschloß das Einheitskartell, in dieser Situation, in der der Faschismus rapide zu seiner Verwirklichung ausschreitet, und zu immer brutaleren Schlägen gegen die Arbeiterschaft sich anschickt, einen offenen Brief an die noch abseits stehenden Organisationen zu richten, der in der örtlichen Presse veröffentlicht wurde.

Oeffentliche Erwerbslosen-Versammlung. Der zentrale Erwerbslosenausschuß von Großdortmund hatte zu einer öffentlichen Erwerbslosenversammlung im Lokal Tobien aufgerufen. Das Referat lautete: „Die Lage der Erwerbslosen und die bevorstehende Reichstagswahl". Als Redner war der KPD-Stadtverordnete Rheinfrank erschienen. Obwohl es sich um eine ausgesprochene Stadtteilversammlung handelte, war der Besuch doch recht erfreulich. Der Referent zeigte in großen Zügen die Not der Erwerbslosen auf. Sodann wies er hin auf den bevorstehenden weiteren Unterstützungsabbau. Er betonte, daß das Hauptargument der Befürworter des Abbaues der Hinweis auf die schlechte Finanzlage der öffentlichen Kassen sei. Wenn man auch keineswegs in Abrede stellen könne, daß der kapitalistische Staat vor seinem Ruin stehe, so sei der Abbau der Unterstützungen und Sozialleistungen keineswegs gerechtfertigt. Er wies hin auf die hohen Gehälter der Fürsten und Standesherren, der Generale und Minister, auf die hohen Gehälter der Staats- und Kommunalbeamten, die hohen Etats für Militär, Polizei und Justiz. Die Erwerbslosen forderte er auf, energischer als bisher ihren berechtigten Forderungen Nachdruck zu geben und bei der kommenden Reichstagswahl restlos ihren Mann zu stehen für die Wahl der Kandidaten der KPD. In der Diskussion wurde von einem erwerbslosen SAP-Genossen der Antrag eingebracht, Stellung zu nehmen zu dem Aufruf des proletarischen Einheitskartells an alle Linksorganisationen und Vertreter zu der vorgesehenen Besprechung zu entsenden. Von zahlreichen kommunistischen Diskussionsrednern wurde gegen diesen Antrag Stellung genommen. Im Schlußwort wies der Referent auf die Antifa und die Nutzlosigkeit solcher „Liliputunternehmen" wie das Einheitskartell hin. Wer es ernst meine mit einem Kampf gegen den Faschismus, der solle der KPD beitreten. Diese Hetze blieb natürlich nicht ohne Wirkung auf die Versammlung. Der Antrag des SAP-Genossen wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Es hat sich für die SAP die Notwendigkeit erwiesen, die Arbeit auch in den Erwerbslosenausschüssen mit Nachdruck aufzunehmen.

Neustadt a. d. Haardt

Man gründet einen Verein. Wen will man damit beauftragen? Na, wen sonst als den Genossen Philipp Lützel. Er hat in Vereinsgründungen eine solche Erfahrung, daß man einen besseren „Fachmann" für eine solche Angelegenheit gar nicht finden kann. Zum Beweis sei mal einiges aus seinem „Gründungsleben" herausgegriffen: Im früheren Arbeiter-Turn- und Sportverein Neustadt a. d. Haardt gründete er vor Jahren eine Fußballabteilung. Hiergegen war wirklich nichts einzuwenden. Als man aber vom Vereinsvorstand aus die großen Ausgaben dieser Abteilung etwas einschränken wollte, paßte dies dem Genossen Lützel nicht. Er machte die Abteilung selbständig und gründete den 1. Freien Fußballverein Neustadt a. d. Haardt. Dabei nahm er eine ganze Reihe von Mitgliedern aus den Reihen des Arbeiter-, Turn- und Sportvereins mit. Jetzt konnte er wirtschaften, und er riß den 1. Freien Fußballverein Neustadt a. d. Haardt dermaßen in Schulden, daß man heute noch daran abzutragen hat. Die kommunistischen Mitglieder bekamen durch diese Mißwirtschaft die Oberhand, und eines schönen Tages war der Genosse Lützel kein Vorsitzender mehr. Er wollte doch aber eine führende Rolle spielen. Nun ließ er sich in den Arbeiter-Turnverein Schöntal aufnehmen. Dabei sprach er gleich den Wunsch aus, innerhalb dieses Vereins eine Fußballabteilung zu gründen. Er brachte hierbei eine Liste zum Vorschein mit den Namen von ungefähr 30 bis 35 Mitgliedern des 1. Freien Fußballvereins, die sich in den Turnverein Schöntal aufnehmen lassen wollten. Man traute der Sache aber nicht ganz und forschte nach. Es stellte sich heraus, daß die betreffenden Genossen gar nicht wußten, daß sie auf der Liste standen. Also war es wieder nichts mit dem „führenden Posten". Philipp Lützel wurde dann Vorsitzender des Kartells der freien Arbeitervereine. Hier kann man ihm von seiner zweijährigen Tätigkeit (ausgenommen die letzten fünf Monate) nur Gutes nachsagen. Beinahe hätten wir vergessen, daß er in diesen zwei Jahren auch den Arbeiter-Athletenklub gründete bzw. wieder ins Leben rief, der aber nicht leben und nicht sterben konnte. Nun brachte es der Kartellausschuß fertig, eine Zentralisation der Neustädter Arbeitersportbewegung vorzunehmen. Die vier Arbeitersportvereine, Arbeiter-Turn- und Sportverein, Turnverein Schöntal, 1. Freier Fußballverein und der Athletenklub schlossen sich zusammen und gründeten die Freie Turnerschaft Neustadt a. d. Haardt. Der Genosse Lützel kam hier vorsorglich nicht in den Ausschuß. Kurze Zeit darauf wurde das Einklassensystem bei der Fußballsparte von der Bezirksleitung eingeführt. Endlich bekam der Genosse Lützel wieder einen Posten. Er ließ sich als Gruppenleiter bei den Fußballern wählen. Anfangs ließ er sich ganz gut an, verfiel aber dann wieder in seinen alten Schlendrian. Von verschiedenen Seiten auf seine Fehler aufmerksam gemacht, legte er seinen Posten nieder und trat aus der Freien Turnerschaft wieder aus. Und nun kommt das Schönste: er nahm einige Mitglieder mit, darunter eins, das schon zwei Jahre an den Verein ungefähr 50 Mark für einkassiertes Zeitungsgeld abzuliefern hat, und gründete im Reichsbanner eine Handballabteilung. Man machte ihm dieserhalb aus Kreisen des Arbeitersports Vorwürfe. Aber was tut der gute Mann? Er gründete innerhalb des Reichsbanners noch eine Fußballabteilung, eine Sportriege und eine Fahrradabteilung. Wir fragen den Genossen Lützel: Ist das Kampf gegen den Faschismus, wenn man durch solche Mätzchen die Arbeitersportbewegung spaltet? Wozu werden Hand- und Fußballsport in der Freien Turnerschaft getrieben? Wozu haben wir eine Ortsgruppe des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität? Wozu ist Lützel eigentlich zweiter Vorsitzender im Sportkartell? Wir erwarten seine Antwort!

Einheitsfront in Greifswald

Unermüdlich hat die SAP-Gruppe Greifswald die Wege für die Bildung einer Einheitsfront gegen den Faschismus geebnet. Die ersten Erfolge zeigten sich auf einer Versammlung des Freidenkerverbandes, wo KPD- und SAP-Genossen den Willen bekundeten, schnellstens die Einheitsfront ohne parteipolitische Tendenzen zu schließen. Die KPD-Ortsgruppe Greifswald lud daher alle proletarischen Organisationen zu einer gemeinsamen Sitzung ein. In dieser Sitzung teilte der Gen. Hoppack (KPD) mit, daß der AGDB die Einladung überhaupt nicht beachtet habe, die SPD dagegen mitteile, daß die Einladung zu spät eingegangen sei, sie an genanntem Tage eine wichtige Funktionärsitzung hätte, und darum bitte, daß die Sitzung verschoben werden möchte. Gen. Fritz (SAP) beantragte, die Sitzung noch am Sonntag abzuhalten. Er gab dann noch die Erklärung ab, daß die SAP-Gruppe Greifswald die Aktion der KPD-Genossen begrüße und daß die SAP — wie im ganzen Reiche, so auch in Greifswald — gewillt sei, die Einheitsfront gegen den Faschismus, die heute nötiger als je ist, nach proletarisch-demokratischen Grundsätzen zu schließen. Am Sonntag fand die zweite Sitzung statt. Aus der SPD-Presse hatte man inzwischen ersehen, daß es für sie nur eine Einheitsfront, und zwar die „Eiserne Front", gibt. Das Ortskartell des AGDB, das am Freitag abend im Beisein des SPD-Arbeitersekretärs und Landtagsabgeordneten Kirchmann tagte, hatte die Beteiligung an der Sitzung abgelehnt. Trotzdem waren Vertreter verschiedener Gewerkschaften erschienen, die für die Bildung der Einheitsfront eintraten. Es konnte festgestellt werden, daß alle anwesenden Genossen, trotz der parteipolitischen Gegensätze, die nach aller Ansicht im Angesicht der drohenden faschistischen Gefahr beiseitegestellt werden müßten, darüber einig waren, sofort die Einheitsfront gegen den Faschismus nach proletarisch-demokratischen Grundsätzen zu schließen. Hierzu gaben die anwesenden Vertreter folgender Organisationen ihre Zustimmung: KPD, Antifa, IAH, Rote Hilfe, RGO, Fichte, Einheitsverband für das Baugewerbe, Sportverein Fichte, IB, SAP, Freidenkerverband, Fabrikarbeiterverband, Schneiderverband, Steinarbeiterverband, Sattler- und Tapezierer, Freie Turnerschaft. Es wurde sofort ein Kampfausschuß gewählt, in dem je ein Vertreter der anwesenden Organisationen Sitz und Stimme hat. Für die SAP wurde der Gen. Fritz bestimmt. Der gewählte Ausschuß nimmt sofort die weiteren Arbeiten in Angriff.

---

oder sonstwie tätig." Obgleich unsere Informationen aus dem Munde von Reichsbannerleuten stammen, denen zu mißtrauen keine Veranlassung vorlag, sei der Staatsaktion von Walter Hohnsbehn stattgegeben, deren Fortführung wir gespannt entgegensehen. Wir wollen dem geneigten Leser auch den Rest des Hohnsbehnschen Schreibens nicht vorenthalten. Es heißt dort weiter: „Ich hätte erwartet, daß Sie als Klassengenossen sich, bevor Sie derartige Dinge veröffentlichen, über die wirklichen Tatsachen informieren. In diesem Falle kann man sich des Verdachtes nicht erwehren, daß ausgerechnet eine sozialistische Zeitung, die Sie doch sein wollen, eine bewußte Verunglimpfung eines ehemaligen Genossen betreiben wollte." Hier beginnt die Sache neckisch zu werden. Wir wollen nur nebenbei erwähnen, daß bewährte SPD-Kämpen in trautem Verein mit Nazis sich freiwillig dem Arbeitsamt zur Leistung von Arbeitsdienst zur Verfügung stellten, ohne daß die SPD hierin etwas Anstößiges erblickte. Nein, wesentlich erscheint uns, daß Walter Hohnsbehn in der Verdächtigung, am Arbeitsdienst teilzunehmen, eine Verunglimpfung sieht. Da wir leider wissen, daß W. H. entgegen seiner früheren Haltung heute mit der Linie des „Vorwärts" sehr dauerhaft verbunden ist, erscheint es uns unerfindlich, wieso man sich verunglimpft fühlen kann wegen einer Behauptung, mit deren Inhalt man lebhaft sympathisiert und von deren Ruchbarmachung man nur des günstigen Momentes wegen mit allen Wassern der Beredsamkeit „entrüsteten Abstand" nehmen möchte. Wir können unserem Fragesteller zu Hilfe kommen. Nicht die vom SPD-Standpunkt so „erschröckliche" Verdächtigung gab unserem Patienten W. H. so bittere Medizin, sondern die beiläufige Bemerkung in dem genannten Artikel von dem „Flaschenkind" usw. Leider können wir in dieser Angelegenheit nicht berichtigen; denn wir sind gewohnt, unsere Zeche zu bezahlen, die im Verlauf der Zeit in der „Volkszeitung", Rubrik Neumünster, erheblich angewachsen war. Da wir zudem noch wissen, daß W. H. jenen geradezu rührenden Artikel über die derzeitige Seydewitz-Versammlung verbrach, der vor „Sachlichkeit" unheimlich strotzte, quittieren wir mit einem „Betrag dankend erhalten". Denn wer selbst im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

Das ist der Höhepunkt! Man sollte es angesichts der heutigen Situation nicht für möglich halten, aber die „Volkszeitung" schreibt es wörtlich. Louise Schröder sprach in der SPD-Parteiversammlung, wo sie inhaltlich folgendes sagte: „War die Tolerierung unrichtig? Nach der Zuspitzung der Lage kann die Frage, ob die Tolerierung notwendig war, nicht verschwiegen werden. Jawohl, sie war notwendig! Wenn es uns gelungen ist (!), zwei Jahre lang das Chaos von Deutschland abzuhalten (!), so ist das allein schon wertvoll genug (!). Was aber die Erhaltung der Existenzmöglichkeit, die Versicherung, der letzte Schutz der Notleidenden bedeutet, wissen die Arbeitslosen selber voll zu würdigen. Was wir bisher verhindern konnten, was wir dem deutschen Volke erspart haben, ist die vollkommene Zerstörung. Nicht wir sind verantwortlich für die politische Entwicklung, das deutsche Volk hat am 14. September 1930 diese Entscheidung eingeleitet und am 24. April fortgesetzt." — Man hat alles vermasselt und nichts zugelernt. Die SPD-Bürokratie wäscht sich salbungsvoll die Hände in Unschuld und macht die anderen für ihre eigene Verantwortungslosigkeit haftbar. Denn es heißt weiter unten in dem Bericht von der KPD: „Solange nicht diese verräterischen Führer machtlos gemacht sind, gibt es keine Enheitsfront. Der ehrliche Kommunist, der mit uns kämpfen will, kann es Seite an Seite in den Gewerkschaften. Die Taktik der Kommunisten, Tumulte auf der Straße zu entfesseln, ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. — Das wagt in der heutigen Situation, in der der Reformismus mit Pauken und Trompeten einen schon längst prophezeiten völligen Schiffbruch erleidet, Louise Schröder zu sagen. Wer von Verbrechen an der Arbeiterschaft schwadroniert, hat alle Veranlassung, zunächst erst einmal vor seiner eigenen Tür zu fegen. Niedriger hängen muß man dieses Schanddokument, niedriger hängen!

Der Arbeiterschaft Neumünsters aber rufen wir zu: **Setzt euch über diese gehirnverkleisternden Parteischranken hinweg, bildet von unten heraus die Einheitsfront gegen Lohnabbau und Faschismus! Es hat zwölf geschlagen! Jetzt oder nie!**

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff! Wie inoffiziell verlautet, sind der Oberbürgermeister Schmidt und der Fraktionsführer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft Dr. Graf zur Deutschnationalen Volkspartei hinübergewechselt. Harmlose Gemüter sollen sich darüber gewundert haben.

Neumünster

Die Eiserne Front marschiert nicht? Zu dem am 31 5 in der „SAZ" erschienenen Artikel „Die Eiserne Front marschiert" schreibt uns Walter Hohnsbehn folgende Berichtigung: „Die in dem Bericht „Die Eiserne Front marschiert" unter Neumünster aufgestellte Behauptung, daß ich der Anführer der freiwilligen Arbeitsdienstkolonne, die den Schuttberg planiert und von der Eisernen Front gebildet wurde, bin, ist unwahr. **Wahr ist: 1. Die Eiserne Front hat in Neumünster** in keiner Form irgendwelchen freiwilligen Arbeitsdienst organisiert. 2. Ich bin weder bei dem angegebenen Arbeitsdienst noch bei irgendeinem anderen als Anführer

Stralsund

Die Notwendigkeit des Sozialistischen Schutzbundes dürfte nun allen Genossen klar geworden sein. Um dem kommenden Terror der Nazihorden erfolgreich begegnen zu können, dürfte es an der Zeit sein, daß wir uns ebenfalls mit der Gründung befassen. Der Vorstand der SAP hat sich mit der Frage beschäftigt und einen Genossen mit der Angelegenheit beauftragt. Die in einigen Tagen stattfindende Versammlung soll die Gründung der Schutzbundgruppe vollziehen. Alle Genossen, die hierfür in Frage kommen, erhalten noch direkte Einladung.

Die „Eiserne" sabotiert die Einheitsfront. Sofort im Anschluß an den Naziterror und der letzten Polizeiattacke in der letzten „Tscheka-Neumann"-Versammlung wurde durch uns die provisorische Bildung des Sozialistischen Schutzbundes vorgenommen. Der Vorsitzende der hiesigen SAP-Gruppe, Genosse Prinz, nahm sofort Verhandlungen mit dem „Führer" der „Faschisten-Abwehrgruppen des ADGB", Picht (SPD), und dem Leiter des „Kampfbundes gegen den Faschismus", Genossen Prüsing (KPD), auf, um ein überparteiliches Abwehrkartell zu bilden. Schon die erste offizielle Besprechung der drei Führer führte zu völliger Uebereinstimmung in allen grundsätzlichen politischen und technischen Fragen. Bei der Einigung wurde besonders festgelegt, daß dieses Kartell auch dann die entsprechenden Veranstaltungen und Aktionen durchführen soll, wenn von irgendeiner parteipolitischen Seite Quertreibereien einsetzen sollten. Unter allen Umständen sollten die notwendigen Maßnahmen dann über die Köpfe der Führer hinweg stattfinden. Auf Grund dieser Einmütigkeit wurde beschlossen, auch die sogenannte „Eiserne Front" mit „Reichsbanner" aufzufordern. der Führer Wegner (SPD) stimmte ebenfalls grundsätzlich zu und wollte den Beschluß der zuständigen Instanz einholen. Bisher bestand die Hoffnung, daß unsere Absicht, die proletarischen Abwehrorganisationen zusammenzufassen, gelingen konnte, da keinerlei Widerstände eingetreten waren. Aber wir hatten nicht mit der Sabotage der „Eisernen" gerechnet. Den größten Verrat an der Sache übte aber der „Führer" Picht von der SPD, welcher zuerst das große Wort führte und dann genau so umfiel wie seine angeblichen Freunde von der „Eisernen".

Aus dem Baugewerksbund. Die letzte Mitgliederversammlung der Baugewerkschaft Stralsund nahm davon Kenntnis, daß die Löhne „kampflos" gesichert wurden. Die Bundesbürokratie hat wie immer auch hier wieder „gute Erfolge" gehabt. Mehrere Kollegen wandten sich gegen diese Regelung. Es muß Aufgabe der oppositionellen Mitglieder sein, planmäßig an der Revolutionierung der Mitgliedschaft weiterzuarbeiten, damit derartige Methoden für die Zukunft unterbunden werden. Noch vor der Abstimmung legte Haase sein Amt nieder, nachdem er den Genossen Klatt angepöbelt hatte. Die kommende Versammlung wird die Ersatzwahl vornehmen, es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen, wenn sie einen Kurswechsel im BB. wünschen.

Zeitz

Die Freidenkerortsgruppe veranstaltet am Sonnabend in Breitenbach ihre diesjährige Sonnwendfeier. Nach dem Abbrennen des Feuers ist eine Veranstaltung im Saal des Gasthofes geplant. Die Organisation liegt in den Händen der Freien Turner, Distrikt Haynsburg. Es wirken mit: Genosse Lenzner von Gera, Rektor Schulze und Erich Bauer, Zeitz. Die Naturfreunde, die am gleichen Tage Feier und Zeltlager in der Ossiger Kiesgrube haben, werden mit den umliegenden Ortsgruppen auch daran teilnehmen. Ein geschlossener Ausmarsch ab 18 Uhr ist abhängig von der noch ausstehenden polizeilichen Genehmigung. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, an der Veranstaltung teilzunehmen.

Aue b. Zeitz

Unser Nachtwächter, ein strammer SPD-Genosse, darf sein Geld natürlich nicht umsonst bekommen. Deshalb machte er bei der Preußen- und Präsidentenwahl Jagd auf Kommunisten, die es wagten, Wahlplakate anzukleben. Mit Hilfe von Schulkindern glückte ihm diese Jagd auch, Klassengenossen wegen politischer Delikte vors Gericht zu zerren — Pfui Teufel!

Organisationsnachrichten

SAP Düsseldorf: Mittwoch, 22. Juni, 20 Uhr, im Lokal Taunus, Wehrhahn 70, Mitgliederversammlung. — **Distrikt Flingern, Stadtmitte, Zoo, Oberbilk:** Donnerstag, 23. Juni, 8 Frauenschulungskursus, 20 Uhr, Erkrather Straße 96 I. Referentin Genossin Karsting.

Leser werbt für die „SAZ"

Pg. Strassers „Staatsidee" auf deutscher Welle

Berlin, 16. Juni 1932.

Nun wissen wir endlich aus berufenem Munde, wie man sich die Staatsidee, die im Dritten Reich verwirklicht werden soll, vorzustellen hat. Der Staat von morgen wird der politische Ausdruck sein der seelischen Nöte einer großen Epoche; national nach außen im Sinne wehrhaften Schutzes gegen die feindliche Umwelt, Rückkehr zum unverfälschten bedingungslosen Nationalismus eines Fichte."

Der Geist der Freiheitskriege muß sich dem Deutschen erst wieder in voller Reinheit offenbaren. Nach innen hin bedeutet der nationalsozialistische Staatsgedanke den Sozialismus als den „Inbegriff staatlich durchgeführter Maßnahmen zum Schutze des einzelnen gegen jegliche Ausbeutung."

Was versteht Pg. Strasser unter „deutschem Sozialismus"? Staatlich garantierten sozialen Selbstschutz, der weder mit Marxismus, noch Internationalismus, Pazifismus oder Klassenkampf etwas zu tun habe. Wer nach dieser Negation, diesen inhaltslosen Phrasen, eine positive Erklärung erwartete, konnte lange warten! Oder kann sich jemand etwas unter der „Freiheit des Arbeitsplatzes des ärmsten Volksgenossen" vorstellen?

Natürlich folgte die — wieder nur negativ! — scharfe Ablehnung von Liberalismus und Rationalismus, die die „Seele" nicht zur Geltung kommen ließen.

Die nationalsozialistische Staatsidee als das Bekenntnis zur deutschen Seelengestalt

kann nur von Nationalsozialisten verwirklicht werden, die das deutsche Volk zu organischen Lebensformen und lebenswahren Anschauungen zurückführen würden durch Rettung der Nation und Sicherung des Lebensrechtes aller schaffenden deutschen Menschen des Kopfes und der Faust.

Wem noch nicht übel wurde, dem versetzte Strasser nun den typisch faschistischen Unfug von der Staatskontrolle der weitgehend eingeschalteten Initiative des Privat-Unternehmens, worunter man sich jede beliebige Form, jeden Grad staatlich sanktionierter Ausbeutung vorstellen kann.

Revolutionär ist der Nationalsozialismus nach Gregor Strasser nur bis zur Machtergreifung, nachher aber im besten Sinne . . . staatserhaltend.

Ueber den ersten Teil wird sein Bruder Otto, über den letzten Hindenburgs staatserhaltende SPD in die Luft gehen.

Deutlich war das Bekenntnis zur Bejahung des imperialistischen Krieges, ebenso die mit der Staatsidee ja kaum in unmittelbaren Zusammenhang zu bringende Forderung nach militärischer Aufrüstung.

Auch die Kirche wurde nicht vergessen: „Keine Parteipolitik der Seelsorger, dafür Dienst an der Seele und Kampf gegen die Gewinnsucht, damit Berufsehre und Verantwortungsbewußtsein wieder neu gebildet werden." Und der „Angriff"-Bericht über eben diese Rede beginnt mit dem Idyll auf dem Dorfe: „Alle, die keinen Radio-Apparat besitzen, müssen kommen . . . Mach schnell, der Herr Pastor hat schon fragen lassen, wo wir denn so lange bleiben . . . Es ist zwar Futterzeit, aber der Pastor hat gesagt, sie müssen alle kommen: die Bauern, die Frauen, die Knechte und die Mägde."

Keine Parteipolitik — alle müssen kommen; Berufsehre — der Pastor ruft, und alle, alle kamen . . .

Zum Schluß faßte Strasser alles noch einmal zusammen und gab Definitionen von unvergleichlicher Schönheit: „Volk ist eine gesunde, nach innen und außen abwehrfähige Schicksalsgemeinschaft, der Staat der lebendige Träger von Sitte, Ordnung und Recht gegen die Feinde des deutschen Volkes auf allen Gebieten." Und alles gipfelte in der Geschichte von der Katze, die sich in den Schwanz beißt, in der Definition der Staatsidee durch sich selbst:

„Die nationalsozialistische Staatsidee ist das Bekenntnis zum Leistungsprinzip, zum Mannestum, zum Gemeinschaftsgedanken, zum hundertprozentigen Volksgenossentum, sie ist nichts anderes als die Anerkennug der Autorität, der Disziplin, der Pflicht, der Freiheit, der Ehre (dies Wort betont Strasser ganz besonders) als den Pfeilern einer neuen deutschen Staatsidee."

Also: Die nationalsozialistische Staatsidee ist das Bekenntnis zu . . . einer neuen Staatsidee. Nun wissen wir's!

Nachbarin, Euer Fläschchen!
Auf nach Dalldorf und Konnersreuth!
Selig, die da geistig arm sind . . .

Kriegs- und Arbeitsopfer klagen an

Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hat dem Reichspräsidenten von Hindenburg ein Telegramm zugestellt, in dem sie den Adressaten „als deutsche Kriegsopferorganisation, die sich in Treue zur Verfassung für Ihre Wiederwahl eingesetzt hat", bittet, „die von der Reichsregierung vorgesehenen Rentenkürzungen und anderen Verschlechterungen in die Notverordnung nicht aufzunehmen. Not der Kriegsopfer und bisherige Kürzungsmaßnahmen sind so drückend, als daß ohne Schaden für die Gesamtheit der Nation weitere Einschränkungen ertragen werden könnten. Für Kriegerwaisen, deren Bezüge bei Alter über 15 Jahre entzogen werden sollen, wäre dies größte Enttäuschung in ihrem Glauben an Treue. Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die Volk und Land vorbehaltlos ihre Opfer brachten, erwarten gerechte Behandlung."

Weniger unterwürfig mutet eine Entschließung an, die der Verbandstag des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und -witwen Deutschlands in Breslau angenommen hat. U. a. heißt es darin:

„Der Verbandstag nimmt mit Entrüstung von den Angriffen Kenntnis, die sich gegen die öffentliche und soziale Fürsorge richten. Millionen von Hilfsbedürftigen leben heute unter unerträglichen wirtschaftlichen Verhältnissen, weil in der letzten Zeit Kürzungen der Richtsätze und Einschränkungen der Sach- und Sonderleistungen erfolgt sind, die in ihrem Umfange

kaum noch die notdürftigste Lebensexistenz garantieren.

Daneben sind die vorbeugende wie auch die Gesundheitsfürsorge stark eingeschränkt worden, so daß die allerschlimmsten Auswirkungen konstatiert werden müssen. Große Beunruhigung und tiefe Erbitterung und begreifliche Verzweiflungsausbrüche sind die Folgen!

Der Verbandstag wendet sich auch mit Entschiedenheit gegen die Einschränkung der gehobenen Fürsorge und protestiert ferner mit aller Schärfe gegen die vielfachen Bestrebungen, Hilfsbedürftige und ihre Organisationsvertreter von der Mitwirkung in den Fürsorgeausschüssen (Beiräten) auszuschließen. Ein solches Verhalten verstößt gegen die Bestimmungen in der Fürsorgepflichtverordnung wie auch gegen die hierzu erlassenen Durchführungsbestimmungen der Länderregierungen. Von den Länderregierungen wird deshalb gefordert, daß sie die Mitwirkung nach den Bestimmungen der Fürsorgepflichtverordnung sicherstellen. Darüber hinaus fordern wir von der Reichsregierung:

a) eine Aenderung der Fürsorgepflichtverordnung § 3a dahingehend, daß in allen Instanzen, wo über Art und Maß Einsprüche und Beschwerden entschieden wird, die Vertretungen der Hilfsbedürftigen nicht nur mit beratender, sondern mit beschließender Stimme hinzugezogen werden;

b) daß bei den Länderregierungen, wo das bisher noch nicht geschehen ist, Landesausschüsse einzusetzen sind. In diesen ist Vertretern unserer Organisation Sitz und Stimme zu gewähren.

Protest der Werkmeister

Der Deutsche Werkmeisterverband, Düsseldorf, faßte auf seinem Verbandstag in Mannheim heute im Namen der 120 000 Werkmeister einstimmig folgende Entschließung:

„Nach Pressemeldungen, die soeben bekannt werden, beabsichtigt die Reichsregierung, die Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung auf sechs Wochen zu verkürzen, in der Versicherung die Hilfsbedürftigkeit einzuführen und gleichzeitig die Unterstützungssätze radikal abzubauen. Treffen diese Absichten tatsächlich zu, so müssen sie helle Empörung und schärfsten Widerstand hervorrufen. Eine solche Sanierung der Arbeitslosenunterstützung mit dem Rechenstift bedeutet geradezu eine Gefährdung des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens in Deutschland. Der Verbandstag des Deutschen Werkmeisterverbandes erklärt, daß die volle Verantwortung für alle Folgen dieser Politik auf die Reichsregierung und ihre Hintermänner fällt.

Im Namen des Verbandstages: Buschmann, Verbandsvorsitzender."

SAP Liste 17!

Der Stimmzettel für die Reichstagswahl am 31. Juli hat in der Numerierung von 1 bis 17 vorläufig folgendes Aussehen:

SPD (1), NSDAP (2), KPD (3), Zentr. (4), DNVP (5), Deutsche Volkspartei (6), Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (7), Staatspartei (8), Nummer 9 ist offen geblieben, Deutsches Landvolk (10), Christlich Sozialer Volksdienst (11), Deutsche Bauernpartei (12), Konservative Volkspartei (13), Landbund (14), Deutsch-Hannoversche Partei (15), Volksnationale Reichsvereinigung (16), Sozialistische Arbeiterpartei (17).

★

Diejenigen Personen, die zur Zeit der Auslegung der Wahllisten (10. bis 17. Juli) auf Urlaub sind, können unter Beifügung von Rückporto in ihrem Wahlkreis schriftlich anfragen, ob die Eintragung ihres Namens ordnungsgemäß vorgenommen worden ist. Stimmscheine können sich Urlauber kostenfrei übersenden lassen.

„Soziale Not wird unermeßlich gesteigert"

Die Arbeitsinvaliden an den Reichspräsidenten.

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

„Verbandstag Zentralverband der Arbeitsinvaliden Breslau, Vertretung von über 350 000 Invaliden, ist empört über die fürchterlichen Kürzungen der Arbeitsinvalidenrenten durch neue Notverordnung. Die Regierung v. Papen hat Sie, Herr Reichspräsident, falsch beraten. Durch Notverordnung wird soziale Not unermeßlich gesteigert. Notverordnung atmet unsozialen Geist und widerspricht wahren, christlichen, nationalen Notwendigkeiten. Arbeitsinvaliden erklären die Regierung v. Papen als Feind und sprechen Ihnen, Herr Reichspräsident, das Bedauern aus für den Erlaß der neuen Notverordnung. Verbandstag Zentralverband der Arbeitsinvaliden."

Anmeldungen politischer Versammlungen gebührenfrei

Amtlich wird angeordnet, daß die auf Grund früherer Erlasse aus dem April des Jahres 1931 auszustellenden Bescheinigungen über Anmeldungen geplanter öffentlicher politischer Versammlungen, Lastkraftwagenfahrten durch Mitglieder politischer Vereinigungen oder zu politischen Zwecken, über erfolgte Vorlage von Plakaten und Flugblättern politischen Inhalts als überwiegend im öffentlichen Interesse erfolgte Amtshandlungen anzusehen sind. In Abänderung eines früheren Runderlasses vom 12. April 1932 bestimmt der Minister des Innern daher, daß bis auf weiteres von der Erhebung von Gebühren für die in dem vorgenannten Runderlaß aufgeführten Amtshandlungen abzusehen ist.

Die erste reine Naziregierung

Bremen, 14. Juni 1932.

Zwischen den Deutschnationalen und der NSDAP konnte über die Regierungsbildung eine Einmütigkeit nicht erzielt werden, so daß die Nationalsozialisten die Regierung allein bilden werden.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

28. Fortsetzung

„. . . teile ich Ihnen mit, daß ich mich hier in der Anstalt befinde. Ich kann noch nicht sagen, ob es mir hier gefällt. Was ich Ihnen versprochen habe, will ich auch halten. Aber es fällt mir zu schwer in dieser Anstalt. Es sind so viele Jungen und ich möchte lieber allein sein. Kann ich denn nicht zum Bauern kommen, oder in eine kleinere Anstalt, wo weniger Jungen sind . . ."

Herr Leukel kennt das schon. Der Junge hält es nicht aus in der Anstalt. Er klammert sich noch an sein Versprechen, aber das geht zu Ende. Dann kommt einer und sagt: „Kommste mit? Ich türme . . ." Und der Junge ist weg.

Hans ist nun schon fünf Wochen in der Anstalt. Jeden Morgen muß er mit sich kämpfen: er kann es hier nicht mehr aushalten. Aber, er will nicht ausreißen. Mögen die andern machen, was sie wollen. Er will ein anständiger Mensch werden. Er will wieder nach der Großen Frankfurter Straße gehen können. Die Last muß erst herunter.

In der Anstalt hat alles seine Ordnung. Alles ist geregelt. Das Aufstehen, das Waschen, das Essen, die Arbeit, das Spielen, alles, alles.

Selbst das Entlaufen hat seine Ordnung. Heute entläuft der Junge, morgen oder nach soviel Wochen kommt er wieder. Zehnmal entläuft der Junge, zehnmal kommt er mit einem Mann wieder . . . Ordnung, Ordnung.

Nichts blieb unbeaufsichtigt. Niemals ist man allein. Man kann nicht auf den Hof gehen, aus dem Fenster sehen, man kann nicht mit dem Nachbar sprechen, dann ist der mißtrauische Erzieher da.

Der Erzieher hat die Akten eingesehen. Tolle Sachen, das . . . Zweimal Unterschlagungen, und was für welche . . . Ausgerückt — Rumgetrieben. Wo der nur alles gewesen ist? . . . Und zuletzt in einer Kaschemme bei einer Razzia aufgegriffen.

Dem Erzieher, Herrn Biene, geht das nahe. Der Junge bedarf einer besonders festen Hand. Der muß erst aus dem Schmutz wieder heraus. Der hätte schon früher in Fürsorgeerziehung gehört. In diesem Alter ist es schwer, noch an den inneren Menschen heranzukommen.

Da haben sich schon Komplexe gebildet. Vielleicht sind auch Kindheitserinnerungen verdrängt worden. Herr Biene ist ein eifriger Erzieher. Nur hat er seine Unvoreingenommenheit mit einem psychologischen Kursus und zwei Lehrbüchern über Psychoanalyse verbaut. Seine Kollegen nennen ihn seitdem heimlich nur noch den „Komplex". Herr Biene meint es gut, aber noch besser ist es, daß ihm als Ausgleich Herr Hausvater Wenig vorsteht.

Herr Wenig ist im nächsten Jahr fünfundzwanzig Jahre im Erziehungsdienst. Er weiß, was los ist. Er hat noch die Zeiten erlebt, als man den Jungen Bleischuhe anzog, damit sie nicht so schnell ausrücken können. Früher gab es zwanzig mit dem Stock hinten drauf. Da muckste nachher keiner mehr. Von Ohrfeigen wollen wir erst gar nicht reden. Mancher Junge ist schon zu ihm gekommen. Mancher hat's ihm auch geschrieben: Die Senge hat mich erst zum Menschen gemacht. Die Ohrfeigen waren damals gerade das Richtige . . .

Das waren törichte Menschen, die keine Erziehungspraxis hatten und jetzt die Prügelstrafe verboten und die selbst von einer richtig angelegten Ohrfeige nichts mehr wissen wollen. Die Hand durfte einmal ausrutschen, hatte man in einer Konferenz gesagt, das sei menschlich begreiflich in dieser an Erziehungsmitteln armen Zeit.

Da knallte man dann und wann eine Ohrfeige; aber es waren doch nur Ohrfeigen, und es waren Grenzen gesetzt. Herr Wenig war ein zuverlässiger Arbeiter und hielt sich strikte an die Verfügung. Die paar Jährchen bis zum Ruhestand . . . Wenn er mit einem Jungen nicht fertig wurde, warf er ihn einfach hinaus. Der Junge verstand und türmte . . . So war das Problem zu aller Zufriedenheit gelöst.

Morgens geht der Erzieher über den Flur: „Aufstehen. Aufstehen!" Mit einem Sprung ist Hans aus dem Bett. Meist ist er schon vorher wach gewesen. Die Nächte sind hier lang genug, um ausschlafen zu können. Er begrüßt den singenden Ruf des Erziehers als eine Befreiung und kopfüber stürzt er sich in den neuen Tag.

Dreißig Jungen prusten unter dem kalten Wasserstrahl. Dreißig Zahnbürsten kratzen. Los, los. Runter zu den Freiübungen. Hundert Jungen schwingen auf dem Hof ihre Arme, Beine, rollen die Köpfe, eins und zwei und drei . . .

Das rumpelt und klirrt im Haus. Ueberall ist hier Leben und Schwung und Dressur. Fünfzehn Minuten Zeit zum Frühstück. Antreten zur Arbeitsverteilung. Vierzig Mann werden heute in der Landwirtschaft benötigt. Rechts heraustreten. Da marschieren die Werkstättenarbeiter schon singend ab, einmal im Kreise um den Hof herum. „Wohlauf, die Luft geht frisch und rein, wer lange sitzt muß rosten . . ."

Die Jungen sind glücklich bei diesem Gesang. Sie marschieren immer geradeaus, die Köpfe gereckt. Da ist die Landstraße, endlos, endlos. Und sie sind frei und marschieren in den Himmel hinein. Aber dann sehen sie, daß sie im Kreise gegangen sind und daß eine rote drohende Mauer um sie gezogen ist. Und da ist das Gitter mit der Pförtnerstube.

Dann kommt es wohl vor, daß einer mal schnell hinter den Abortanlagen auf einen Mülleimer steigt, über diese rote Mauer springt und davonläuft, querfeldein, atemlos, fort, nur fort. Wenn er dann nach ein paar Tagen wiederkommt, ist er noch ganz benommen. Er weiß nicht, wie das kam, das ist einfach so über ihn gekommen . . .

Vielleicht war's der Gesang oder die rote Mauer oder das Gitter neben der Pförtnerstube . . .

Hans hat drei Wochen lang mit zehn andern Jungen Kartoffeln geschält. Er hat geschält und geschält. Große und kleine Kartoffeln. Der Stumpfsinn hat ihn niedergedrückt. Immer wieder Kartoffeln geschält. Aber jetzt ist er in der Waschküche. In dem Dunst fühlt er sich wohl. Er dreht die Maschine, immerzu. Niemand achtet auf ihn. Er muß nur drehen. Es ist eine gute Kameradschaft in der Waschküche. In den Pausen wird heimlich geraucht. Mal hat der was, mal der. So gehen wieder drei, vier Wochen herum . . .

Hans will nicht mehr denken. Da ist die Mauer, dahinter das Leben . . .

Durch das Gitter neben der Pförtnerstube sieht man manchmal einen Zipfel davon: ein Auto oder eine Gruppe Menschen . . . Gestern gingen zwei junge Mädchen auf der Straße vorbei. Hans lief schnell an das Gitter, aber da waren sie schon ein Stück weiter und hinten rief Herr Biene.

Ach, was wissen Sie von mir, Herr Biene. Ich wollte ja nicht weglaufen. Ich wollte nur dem Leben nachgaffen. Sehen kann man doch von hier aus nichts.

Berlin liegt vier Eisenbahnstunden entfernt. Berlin ist weit, aber die Sehnsucht überrumpelt die Jungen, jeden Tag, und jede Woche rücken zwei, drei aus. Mitten im Winter, im tiefen Schnee laufen sie ohne Schuhe, von einem starken Willen ergriffen, davon . . .

Da liegt Berlin. Los, nur los . . .

Erwerbslose in Aktion

Schafft die Einheitsfront aller Erwerbslosen!

Es häufen sich aus den Städten die Nachrichten von Demonstrationen hungernder Erwerbsloser. Trotz Gummiknüppel, Schlagprügel, Verhaftungen und Verfolgungen fürchten sie sich nicht, gegen die Polizeikräfte aufzumarschieren. Erwerbslose haben nichts mehr zu verlieren. Die Verzweiflung steigt ins Unermeßliche. Der Polizei gegenüber hört man Rufe:

Schießt uns doch nieder, wir weichen nicht! Die Aussicht, auf der Straße erschossen zu werden, bedeutet für viele eher Erlösung als ein langes, qualvolles Ende. Das sollte den Machthabern Warnung sein! Aber noch mehr berichten einzelne Städte. Sie melden von erfolgreichen Aktionen der Erwerbslosen. In Herringen haben sie durchgedrückt, daß die Gemeindeverwaltung **450 Zentner Kartoffeln** ausgeben mußte.

In Pelkum stellten die Erwerbslosen die Forderung auf sofortige Lieferung von 1 Zentner Kartoffeln. Die Amtsleitung sah sich darauf gezwungen, an jede Familie 75 Pfund Kartoffeln auszuliefern. Aus Golta bei Halle wird gemeldet, daß die Erwerbslosen geschlossen vor das Gemeindeamt zogen und dem Gemeindevorsteher Forderungen auf Eröffnung einer Volksküche sowie Lieferung von Lebensmitteln, Kleidung und Schuhe unterbreiteten. Die Forderungen wurden zu einem großen Teile erfüllt. Auch in Waltershausen, Essen, Chemnitz und anderen Orten ist es zu erfolgreichen Aktionen gekommen. Die Versuche der Verwaltungen auf Abbaumaßnahmen konnten zurückgeschlagen werden. Nur allzu teuer sind diese Erfolge erkauft worden.

Blut ist geflossen.

In Waltershausen mußte der Arbeiter Kaufmann seine Rufe nach mehr Brot, nach Milch für seine kleinen Kinder mit dem Leben bezahlen. Andere Arbeitslose sind zu Krüppeln geschlagen worden. Eine Verzweiflungsbewegung geht durch das Millionenheer der Arbeitslosen. Trotzdem sind neue Raubzüge auf die kärglichen Unterstützungssätze im Gange. Hinter den Einzelvorstößen der Kommunen lauert die Notverordnung der Regierung, die eine weitere Verkürzung der Arbeitslosenunterstützung von 20 auf 13 Wochen vorsieht, die erneute Herabsetzung der Alu- und Kru-Sätze, eine „Angleichung an die Wohlfahrtsunterstützungen" durchführen will. Dagegen erheben die Erwerbslosen ihre von dem Hunger diktierten Kampfforderungen. In einer Erwerbslosenversammlung, die in Essen stattfand, machten sie sich folgende Forderungen zu eigen:

Gegen jeden Unterstützungsabbau, für sofortige Auszahlung der alten Unterstützungssätze.

Versorgung der Wohlfahrtsempfänger mit unentgeltlich gelieferterm Hausbrand.

Auszahlung einer nicht rückzahlbaren einmaligen Beihilfe für jeden Haushalt in Höhe von 5 Mark, für jedes Kind 2 Mark, für Ledige 5 Mark.

Die Miete wird von der Stadt gezahlt.

Aufrechterhaltung der Arbeit auf den Baustellen. Alle Pflichtarbeiter werden als Wohlfahrtsarbeiter geführt und bezahlt.

Pflichtarbeit wird eingestellt und das versicherungspflichtige Arbeitsverhältnis eingeführt.

Es werden Tariflöhne in der alten Höhe gezahlt (81 Pf.).

Der Weg zur Arbeitsstelle wird bezahlt.

Teilaktionen waren es bisher, die die Erwerbslosen geführt haben; aber sie zeigen, daß sie erfolgreich durchgefochten werden können, wenn sich die Arbeitslosen einig sind, wenn sie geschlossen für ihre Forderungen eintreten. Aus den Einzelaktionen muß die Massenaktion der gesamten Arbeitslosen wachsen, mit der Einheitsfront aller Erwerbslosen.

Gerade auch für die SAP-Genossen besteht die Aufgabe, daran mitzuhelfen, sich dafür einzusetzen, daß in aller Kürze im ganzen Reich der geschlossene Kampfblock aller arbeitslosen Proleten entsteht. Wo noch keine Erwerbslosenausschüsse vorhanden sind, müssen wir unverzüglich an die Arbeit gehen und durch zusammengerufene Erwerbslosenversammlungen solche wählen lassen. Die in die Ausschüsse gewählten Obleute haben die Pflicht, regelmäßige Besprechungen zu veranstalten, um zu den jeweiligen Ereignissen Stellung zu nehmen, gegen vorgekommene Schikane vorzugehen, Versammlungen einzuberufen und gegen alle Abbaumaßnahmen und Verschlechterungen die Erwerbslosen in Aktionen zu führen. Es wäre notwendig, daß die Ausschüsse der einzelnen Stempelstellen Verbindung untereinander aufnehmen, damit bei dem einheitlichen Vorgehen der Verwaltungen und der Regierung die einheitliche und geschlossene Kampfkraft aller Erwerbslosen eingesetzt werden kann. Die Losung der Erwerbslosenausschüsse muß lauten:

Für den außerparlamentarischen Kampf gegen jeden weiteren Unterstützungsraub, für ausreichende Unterstützung, für Kleidung und Schuhe, Nahrungsmittel und Kohlen; für Arbeit und Arbeitsbeschaffung, gegen das System der Ausbeuter, für den Arbeit und Brot spendenden Sozialismus.

Bürokratendiktatur

im Baugewerksbund Cunewalde

In der Zahlstelle Cunewalde (Sachsen) des Baugewerksbundes wurde die von einer Mitgliederversammlung im Februar d. J. vorgenommene Neuwahl der Zahlstellenleitung von der Bezirksleitung nicht anerkannt, angeblich, weil die Wahl nicht auf der Tagesordnung gestanden hätte, in Wirklichkeit aber, weil die neue, mit 26 gegen 12 Stimmen gewählte Leitung aus oppositionellen Kollegen bestand. Die Bürokratie setzte eine nochmalige Wahl an und glaubte, durch Mobilisierung aller SPD-Kollegen die Opposition zu schlagen. Es kam aber anders. Nach lebhafter Debatte, in der unser Genosse Kutschke die Schädlichkeit des reformistischen Kurses und die Notwendigkeit der einheitlichen revolutionären Kampffront aufzeigte, wurden die Wahlen vorgenommen. Mit 61 gegen 48 Stimmen wurden unsere Genossen H. Kutschke, Kunert und Hempel in die Zahlstellenleitung gewählt. Ohne Gegenvorschlag wurden unsere Genossen als Delegierte für den ADGB-Ortsausschuß bestimmt bzw. wiedergewählt. Zur nächsten Vertreterversammlung wurden drei SAP-Genossen gewählt, Dreßler und Richard Kutschke (SPD) als Vorstandsmitglieder vom Angestellten Lorenz bestimmt.

Nun kam das Tollste, indem der extra von Dresden herbeigeholte Bezirksleiter Sputke erklärte, daß die neugewählte Leitung, wie die Delegierten zum ADGB-Ortsausschuß nicht anerkannt werden können, da müsse sich erst der Bezirksvorstand damit beschäftigen. Das löste große Empörung aus. Es zeigt, daß die Bürokratie nicht nur das Selbst- und Mitbestimmungsrecht der Mitglieder, sondern auch die Interessen der Organisation aus parteipolitischen Gründen mit Füßen tritt. Es ist im Interesse des Verbandes zu hoffen, daß der Bezirksvorstand, zumal in der heutigen Situation, wo alles auf die Geschlossenheit und Schlagkraft der Gewerkschaften ankommt, sich besinnt und die Dinge nicht auf die Spitze treibt. **Jedenfalls werden alle Mitglieder aufgefordert, in der nächsten Versammlung noch zahlreicher zu erscheinen und geschlossen ihre Rechte zu verteidigen.**

Die Einheitsfront auf dem Marsch

In der überfüllten Betriebsversammlung der Arbeiter und Angestellten des Bezirksamts Mitte im Rosenthaler Hof nahm der Kollege Gürne vom Gesamtverband und der Kollege Krause vom Hauptbetriebsrat der Stadt Berlin Stellung zu den Verhandlungen über die Verlängerung des Manteltarifs bis zum 30. September und zu der Lohnkürzung für die städtischen Arbeiter durch den Schiedsspruch, deren Verbindlichkeit erwartet werden muß. Einen weiteren Schlag für die städtischen Arbeiter bringe die Zentralisation der Straßenreinigung mit einer Entlassung von 1000 Arbeitern.

In der lebhaften Aussprache traten alle Redner für die schnellste Herstellung einer wirklichen Einheitsfront ein. Beifall fand besonders unser Genosse Hellwig, als er den gegen Lohnraub kämpfenden städtischen Arbeitern die Solidarität der Angestellten versicherte und verlangte, daß diese Kampfgemeinschaft von Arbeitern und Angestellten hinausgetragen und hergestellt werden müsse in alle Bezirksämter Berlins und in die Reihen der Arbeiter und Angestellten der Privatbetriebe der gesamten Arbeiterschaft. Folgende von ihnen eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Betriebsversammlung appelliert an die Arbeiterschaft Berlins, sich zum gemeinsamen Kampf über alle politischen Differenzen hinweg zusammenzuschließen gegen den ständig wachsenden Faschismus, gegen die neuen reaktionären Anschläge der Papen-Regierung auf die Arbeiterschaft und die Pressekneblung, gegen die Kapitalsoffensive, den geplanten Lohnraub und gegen die Beseitigung jeglicher Sozialpolitik.

Die Versammelten fordern vom Afa-Bund und vom ADGB, daß er sich an die politischen Parteien von SPD, KPD, SAP zwecks Herstellung einer einheitlichen Kampffront zur Durchführung der oben gekennzeichneten Punkte wendet.

Die Versammelten sind sich bewußt, daß die faschistische Reaktion nicht nur durch parlamentarische, sondern durch außerparlamentarische Aktionen vernichtend geschlagen werden muß.

In der Stunde drohender Gefahr ist die Schaffung eines Arbeiterblocks aller Organisationen das Gebot der Stunde."

„De Wendel" stillgelegt

Eine der modernsten Kohlengruben im Ruhrgebiet, „De Wendel" bei Hamm, soll stillgelegt werden. Die Verwaltung hat der etwa **2500 Mann starken Belegschaft wie sämtlichen Angestellten gekündigt.** Die Rentabilität der Zeche wäre durch die steuerliche Belastung sowie durch die hohe Syndikatsumlage (!) nicht mehr gegeben.

Staats-Theater

Oper U. d. Linden
Donnerstag, 16. Juni 8 Uhr
Così fantutte

Schauspielhaus a. Gendarmenmarkt
Donnerstag, 16. Juni 8 Uhr
Jeppe vom Berge

Schillertheater
Charlottenburg, Bismarckstraße
Donnerstag 16. Juni 8 Uhr
Abschied von der Liebe

Volksbühne
Theat. a. Bülowpl. D 1 Norden 2904
Donnerstag, 16. Juni 8½ Uhr:
Die goldene Uhr

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: 57 Walchsee 1422
Donnerstag, 16. Juni 8.30 Uhr:
Die eiserne Jungfrau
Gartenbühne 5.30 Uhr:
Konzert und Varieté 8.15 Uhr
Zigeunerliebe

Kleines Theater
Unter den Linden 44
Täglich 8.30 Uhr
Der Mann, den sein Gewissen trieb
von Maurice Rostand
Vorzeiger dieses Inserats erhalten auf Plätzen von 2 M. an 50% Ermäßigung.

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Vorhaus am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334
Der Boß
(Ein Gentleman am Hofe König Artus)
Lachendes Leben
Ufa-Tonwochenschau und das große Tonbeiprogramm.
Jugendliche u. Erwerbslose 0.40 RM.
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts.
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Eine Nacht im Grand-Hotel
und
Der 13. Geschworene
Anfangszeiten Sonntags: 3, 5, 7, 9 Uhr

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße Autobus 9
Die Gräfin von Monte Christo
mit Brigitte Helm, Rudolf Forster

M·I·L·A Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
2 Neu-Aufführungen des Nordens:
Hans Albers
Die Nacht gehört uns
dazu:
Käthe Dorsch, Fritz Schulz
Die Lindenwirtin

Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Der erste proletarische Tonfilm:
Kuhle Wampe
mit Ernst Busch

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Die Gräfin von Monte Christo
mit Brigitte Helm, Rudolf Forster

Theater des Weddings
Müller-, Ecke Sellerstraße
Königin Luise
mit Henny Porten und
Mary
mit Alfred Abel, Olga Tschechowa

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Buffalo Bill
I. Teil
Der tollkühne Reiter
II. Teil
Die brennende Prärie
etwa 2½ Stunden
Jugendliche haben Zutritt

Kampfsignal morgen neu!

Wissen Sie schon?
Aus dem Inhalt der Nr. 25.
Wer vom Papen ißt, stirbt daran / Der General und Max Liebermann / Der Kulturbolschewist / Der Zylinderhut des Scherl-Verlages
DIE ENTE
ist die beste und billigste satirische Wochenschrift gegen Kulturreaktion, Spießertum und Presse.
Sie erscheint jeden Donnerstag
Preis 10 Pfennig
Probenummern gratis v. Verlag der ENTE
Berlin W 30, Haberlandstraße 7

KONSUM
GENOSSENSCHAFT BERLIN U. UMGEGEND E. G. M. B. H.
GEG-Rauchtabake

Feinschnitt

Neue Sorte	50-gr-Pak.	40 Pf.
Hamburger Feinschnitt	„	45 „
Blau GEG-Shag-Feinschnitt	„	50 „
Konsuma-Feinschnitt	„	50 „
Goldshag-Feinschnitt	„	60 „
Virginia-Feinschnitt	„	60 „
Armotha-Feinschnitt	„	70 „
Basma	„	100 „

Krüll- und Mittelschnitt

Hamburger Krüll	50-g-Pak.	45 Pf.
Virginia-Krüll	„	50 „
Gold-Krüll	„	60 „
Negerdorf CC	100-g-Pak.	50 „
Negerdorf BB	„	70 „
Negerdorf Prima	„	90 „
Negerdorf Extra	„	110 „

Grobschnitt

Negerdorf BB	100-g-Pak.	70 Pf.
Negerdorf Prima	„	90 „
Negerdorf Extra	„	110 „

Weitere Sorten

Rippentabak	100-g-Pak.	30 Pf.
Konsumschnitt	50-g-Pak.	20 „
Extra feiner Portorico	100-g-Pak.	60 „
Schwarzer Krauser	50-g-Pak.	50 „

GEG-Zigarren besonders zu empfehlen in den Preislagen von 10 Pfennig bis zu 15 Pfennig

GEG-Zigarillos Stück von 5 Pfennig an bis zu 10 Pfennig

GEG-Zigaretten

Smarra	Stück	2½ Pf.
Iris	„	3½ „
Phantis	„	4 „
Neptun	Stück	4 Pf.
Kiell	„	5 „
Gestalde	„	6 „